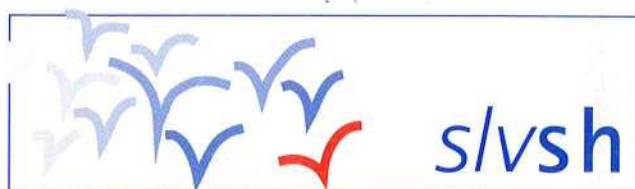


25

APRIL '98



information

- s/vsh-Kongress
- Arbeitszeitmodelle
- Stellungnahmen SG
- ASD-Frühjahrstagung

Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.

*Die Interessenvertretung für
Schulleiterinnen und Schulleiter,
Stellvertreterinnen und Stellvertreter*

Inhalt

	Seite
Vorwort - <i>Michael Doppke</i>	4
Kongress-Bericht - <i>Angelika Sing</i>	5
Vorschlag einer Arbeitszeitreform - <i>Holger Arpe</i>	17
ASD- Frühjahrstagung - <i>Angelika Sing</i>	22
Ziele und Wege innovativer Schulen - <i>Michael Doppke</i>	32
Münstersche Erklärung vom 27.3.98	32
Stellungnahme des s/vsh zur Schulgesetznovellierung - <i>Olaf Peters</i>	35
Gegenüberstellung zur Stellungnahme des LEB	38
Stellungnahme der Schulärzte zur Stichtagsregelung	39
Stellungnahme zur Integrativen Beschulung und Brief an die Ministerin - <i>Gudrun Ihrle-Glagau</i>	40
Stellungnahme zu diversen Gesetzesänderungen - <i>Friedrich Jeschke</i>	43
Arbeitskreis Kleine Schulen - <i>Peter Franke</i>	45
Arbeitskreis Stellvertreter - <i>Klaus-Ingo Marquardt</i>	46
Der Fehler - ein überbewertetes Phänomen? - <i>Klaus-Ingo Marquardt</i>	47
Anmerkungen zum Haushaltsplan '98 des Landes S-H - <i>Friedrich Jeschke</i>	48
Pressespiegel	51
Werbung des s/vsh mit Beitrittsformular	55
<i>Die letzte ... ? - Das Letzte !</i> - <i>Walter Rossow</i>	57
Adressen - Vorstand	59

Wir möchten alle Kolleginnen und Kollegen bitten, bei Namenswechsel, Schul- oder Privat-Adressenänderungen, Eintritt in den Ruhestand oder Kontoänderungen auch an den s/vsh zu denken, und uns diese umgehend mitzuteilen. So gewährleisten Sie sich den Erhalt der neuesten Informationen und uns ersparen Sie unnötige Kosten.

Vorwort

- Michael Doppke -

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „**Schulentwicklung braucht Leitungszeit**“ war das Thema unseres Kongresses vom 19. März. Ich freue mich darüber, dass die 150 anwesenden Vertreter der Schulleitungen an diesem Tag sehr deutlich gemacht haben, dass wir Schulentwicklung für wichtig und notwendig halten. Ich bedanke mich an dieser Stelle nochmals bei allen Referenten, Podiumsteilnehmern und Gästen, die mit ihren Beiträgen dafür gesorgt haben, dass die Veranstaltung so erfolgreich verlaufen ist.

Gerne hätten wir auch die Ministerin oder die Staatssekretärin begrüßt und ihre Einschätzung zum Kongressthema gehört. Dies schien aber nicht möglich zu sein. So mußten MR Keudel und MR Simon sich allein den kritischen Beiträgen stellen.

Mein besonderer Dank gilt unseren Schweizer Referenten Roger Matthieu und Dr. Hans - Jörg Ruppen. Ihr Beitrag hat hoffentlich deutlich gemacht, dass es möglich ist, gemeinsam mit Betroffenen zu praxisgerechten Lösungen zu kommen, indem man Vertrauen als Basis zugrunde legt.

Es ist aber in der Podiumsdiskussion insbesondere von Herrn Dr. Wullich auch klar herausgestellt worden, dass der belastende Alltag es für viele fast unmöglich macht, sich mit der Erarbeitung oder Umsetzung von neuen Konzepten zu beschäftigen.

Ziel unser Bemühungen in den nächsten Monaten muß es also sein, Mittel und Ziele für eine systematische Schulentwicklung in Einklang zu bringen. Insbesondere heißt das, Erleichterungen für den Alltag zu schaffen und mehr Zeit für die Arbeit im und am System Schule zu gewinnen.

Die parteipolitischen Sprecherinnen und Sprecher haben zwar deutlich gemacht, dass Schulleiterinnen und Schulleiter im Zentrum von Schulentwicklung stehen

und dass sie einsehen, dass auch ausreichend Zeit für ihre Arbeit zur Verfügung stehen muß. **Worthülsen allein helfen aber nicht weiter**, die Verantwortlichen in der Politik müssen endlich erkennen, dass gehandelt werden muß.

In einer Klausurtagung im April wird der erweiterte Vorstand sich damit auseinandersetzen, welche Strategie wir im nächsten Jahr im Umgang mit dem Thema Arbeitszeit anwenden werden. Ganz sicher werden wir darüber nachdenken, wie wir eindringlich und überzeugend unser Anliegen in der Öffentlichkeit darstellen können. Unser Bestreben wird es deshalb auch sein, Partner zu finden, die uns in unseren Forderungen unterstützen.

Schulleitung hat in der Außensicht nämlich einen ganz anderen Stellenwert als viele im System es wahrhaben wollen. Ich denke, dass es uns gelingt, dazu eine Befragung im außerschulischen Bereich durchführen zu können.

Neben dem Thema Arbeitszeit beschäftigt uns weiter die Änderung des Schulgesetzes. Anfang Mai wird die Landesregierung ihren Entwurf dem Landtag zugeleitet haben. Am 27. Mai haben wir dann noch einmal Gelegenheit mündlich vor dem Bildungsausschuß des Landtages dazu Stellung zu nehmen. Die Beratungen dazu werden noch vor der Sommerpause des Landtages aufgenommen werden. **Änderungen werden aber erst am 26. August im Ausschuß und am 2. September im Landtag abgestimmt**, so dass das Schulgesetz nicht wie ursprünglich geplant „in toto“ zum 1. August in Kraft tritt.

Ich wünsche Ihnen für den Rest des Schuljahres genügend Kraftreserven und die nötige Gelassenheit, um die Probleme und die Hektik des Alltags meistern zu können.

Ihr Michael Doppke

s/vsh-Kongress am 19.3.98 in Bad Segeberg

„Schulentwicklung braucht Leitungszeit“

Wie kommen wir zu einer praxisnahen Arbeitszeitregelung?

- Angelika Sing -

Um 9.20 Uhr begrüßt Walter Rossow die etwa 150 Teilnehmer und die zahlreichen Gäste wie die **Schweizer Referenten**: Roger Mathieu-Uttenhal und Dr. Hans-Jörg Ruppen, die Vertreter der Lehrerverbände: Frau Wittmaack von der GEW, Frau Regber vom vdr, Herrn Konetschny vom Verband der Realschulleiter und Herrn Jürgensen von der Schulrätevereinigung, für die Elternvertreter: Frau Pier vom LEB-GHS und Herrn Wagner vom LEB-GeS, für die Wirtschaft: vom Bildungszentrum Tannenfelde Herrn Spöemann und Dr. Wullich, vom Landesrechnungshof Herrn Witt, Herrn Keudel als Teilnehmer der Podiumsdiskussion für das Ministerium, Herrn Nieber vom NDR als Moderator, Dr. Riecke für das Schlusswort und die bildungspolitischen Sprecher der vier Parteien, die im Anschluss ihr Grußwort sprechen.

Dabei kritisiert Walter Rossow, dass trotz frühzeitiger Einladung **kein Mitglied aus der Spitze des Ministeriums** gekommen ist. Dieses Verhalten widerspricht den ständigen Beteuerungen des Ministeriums, Schulleitungen zu stärken und **negiert die konstruktive Zusammenarbeit** in vielen Bereichen der letzten Jahren. Es sind aber Herr Keudel als Podiumsteilnehmer und Herr Simon als Gäst des s/vsh anwesend.

Michael Doppke weist in seiner **Einführung** darauf hin, dass der s/vsh schon jahrelang für Autonomie und **Schulentwicklung** kämpft, diese also ausdrücklich will - aber nicht zum Nulltarif und ohne die nötige Leitungszeit. Das im Schulgesetz geforderte **Schulprogramm** wird für sinnvoll gehalten, die ausgebildeten 60 Moderatoren reichen aber nicht für das ganze Land, es fehlt an Zeit - **KLAUS ist kontraproduktiv**.

Das Auslaufen der Erhöhung der Lehrerarbeitszeit um 0,6 Std. fordert eine **grundsätzliche Arbeitszeitveränderung**, zu der der s/vsh seinen Beitrag vorgestellt hat (s. info 24, Arpe).

Die Schweizer Gäste können heute nun ihre Erfahrung sowohl mit der Lehrer- als

auch der Schulleiterzeit weitergeben. Sie haben nach einem langfristigen, anpassungsfähigen System gesucht. Schulleiter in Schleswig-Holstein wollen nicht weni-



Michael Doppke beim Eingangsreferat

ger, sondern **anders arbeiten** - sie brauchen weniger Unterricht, **aber mehr Zeit fürs System Schule**. An die Adresse des Ministeriums geht die Kritik, dass in SH wieder nur Hearings statt echter Mitarbeit, also Gespräche mit dem entsprechenden Austausch zu den Arbeitszeitmodellen stattfinden. Auf jeden Fall muss 1999 die **Verschlechterung für Schulleitung zurückgedreht** werden, um eine gerechte Lösung zu suchen, denn Schulentwicklung ist die Arbeit von Schulleitung - gute Schulleitung ist unabdingbar für eine gute Schule. Dazu gehört auch endlich die **Anerkennung von Schulleitung als eigenständigem Berufsbild**. Hier muss der s/vsh noch lauter werden in seinen Forderungen. Von der Schweiz ist auch insofern zu lernen, als sie eine **Kultur des Vertrauens** in ihre Lehrkräfte praktiziert.

Frau Schröder von der SPD bestätigt in ihrem **Grußwort** die hohe Belastung der Lehrerinnen und Lehrer. Die Entwicklung von Schulprogrammen sieht sie zwar als



Frau Schröder, SPD

Mehrarbeit, aber letztendlich als Entlastung der an Schule Arbeitenden. Dem Schulleiter kommt dabei eine wichtige Rolle als Initiator und Moderator zu. Die unterschiedliche Entlastung in den Schularten hält sie **nicht für gerechtfertigt**, zumal in den Gymnasien die Zahl problematischer Schüler/innen wesentlich geringer ist. Das vom s/vsh erarbeitete Konzept, das u.a. einen Kampf der Fächer gegeneinander ablehnt, hält sie für einfach zu berechnen, übersichtlich, kontrollierbar, gerecht und transparent, flexibel und ortsnahe, effizient und qualitätssichernd.

Für wünschenswert hält sie „Geld statt Stellen“; die Sechsjährige Grundschule ist für sie im Flächenland SH nicht praktikabel, der Anhörung des SG will sie aber nicht vorgreifen, sie erklärt jedoch noch einmal ihre Position zur Zweijährigen Eingangsphase.

Frau **Volquartz** von der CDU würdigt, dass der s/vsh bei vielen Neuerungen Vorreiter war und immer parteiübergreifend Gespräche geführt hat. Sie bestätigt, dass ohne Planstellen keine Reformen zum Schulmanagement möglich sind und kritisiert dann an der geplanten Schulgesetznovellierung, dass die

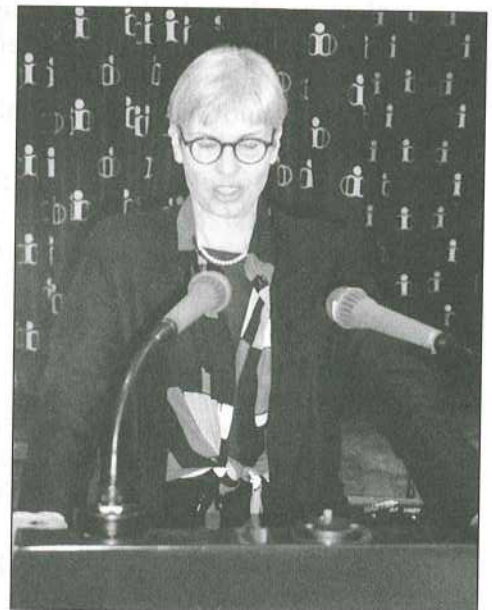
Einordnung Parität zu einer Entprofessionalisierung und zu Quick-Entscheidungen ohne konstante Linie führen. Sie fordert

die **Mehrheit für die Pädagogik-Profis**, beim Schulprogramm Vergleichbarkeit, für die Eingangsphase mehr Planstellen (statt in den Gesamtschulen) und den Erhalt der SKG und der Zurückstellungsmöglichkeit, Ziffernzeugnisse ab Klasse 3 statt ab 8, wie es die Grünen fordern, und eine gerechte und transparente Regelung der Arbeitszeit von Lehrern, um das Vorurteil vom faulen Beamten endlich abzubauen. Dazu wünscht sie sich die Verbeamtung aller Lehrer und eine **Stärkung der Schulleitung**, die die Verantwortung trägt und nicht in zeitlicher Befristung arbeiten soll.

Frau **Fröhlich von Bündnis90/Grünen** bedauert die zu rasche Zurücknahme der geplanten Stichtagsregelung vor dem Ende der Anhörung. Zum Kongressthema führt sie aus, dass Schulentwicklung von unten kommen muss, wozu eine Stärkung der Eigenverantwortung und ein **Abbau der Bürokratie** gehört. Schule muss sich von der preussischen Belehrungsanstalt weg zu einer Institution entwickeln, die neben der Wissensvermittlung Erziehung zum gewünschten Verhalten bietet. Sie fordert ein neues Konzept der Lehrerarbeitszeit, dabei ist auch ein eigenes Berufsbild Schulleitung denkbar. Die tradierten Strukturen in den Schulen müssen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden. **Stärkere Präsenz der Lehrer/innen in der**



Frau Volquartz



Frau Fröhlich

Schule ist wünschenswert und anzustreben. Die Mitwirkung der Eltern ist im Sinne einer stärkeren Vertrauensbildung zu fördern. Die Schulen sollen eigene

Stundendeputate zur Verfügung erhalten, die negative Spirale muss gestoppt werden.



Dr. Klug, FDP

Dr. Klug von der FDP stellte launig und humorvoll fest, dass das "Unternehmen S-H" sein **mittleres Management zurück an die Werkbank** schickt und entmachtet (KLAUS, Entlastungsstunden-Verschlechterung, 1/3-Parität, SL als Moderatoren...). Die FDP fordert für die **Schulkonferenz 50% Lehrkräfte, die Leitung durch den Schulleiter** und beim Stichentscheid seine Entscheidung, denn Schulleitung muss gestärkt werden. Er berichtet von den Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss über die Schulleitung auf Zeit bei A16-Beamten, die verfassungsrechtlich bedenklich ist und wo **Beurteilungskriterien** dieser Probezeit bisher fehlen, der Willkür also Tür und Tor geöffnet sei. Außerdem bedeutet dies, dass z.B. in einer GHS die Korrektur einer Fehlbesetzung nach 2 Jahren, an einem Gymnasium aber erst nach 5 Jahren möglich sei. Er kritisiert die **Entbeamtungspolitik** und die Fehlentwicklung von KLAUS, da die veränderten Kinder **MEHR ZEIT**, nicht weniger brau-

chen. Er befürchtet, dass in Zukunft **Schulleiterstellen noch schlechter zu besetzen** sein werden.

Das nun folgende Referat „**Erziehung 2000 - Vorschläge zur Erneuerung der Walliser Schulen - Beruflicher Auftrag und Arbeitszeit für Lehrkräfte - Konsequenzen für Schulleitungen**“ von Dr. Ruppen - Spezialist für Evaluation im Wallis - witzig, spritzig und originell begonnen, von Roger Mathieu-Uttenthal - Leiter der Untersuchungskommission Erziehung 2000 - mit umfangreichem Zahlenmaterial fortgesetzt und anschließend von Dr. Ruppen die Ergebnisse kommentierend beschlossen, dauerte gute zwei Stunden und verlangte dem Publikum höchste Konzentration ab. Beide Herren sprachen frei, unterstützt durch viele Folien. Erfreulicherweise erklärte sich Dr. Ruppen bereit, das Wesentliche seines Vortrags in Stichpunkten und einige Folien zur Verfügung zu stellen. So hoffe ich, dass zumindest die wichtigsten Daten und Aussagen verständlich wiedergegeben werden, wenn auch der gemütliche Akzent und der humorige Ton auf dem Papier leider nicht festzuhalten sind!

Zu Beginn stellt Dr. Ruppen den **Kanton Wallis** mit diversen Karten vor: Dazu gehören etwa 220000 Einwohner, wobei die kleinste Gemeinde gerade mal 2 Schüler „produziert“ und etwa 40 Regionalschulen mehrere Gemeinden als Schulträger haben. Während bei uns aber Schulentfernungen von 25 Kilometern kein Problem sind, ist es bei der Schweizer Höhenüberwindung nötig, mehr kleine Grundschulen funktionsfähig zu halten.

Während der Bund für die **Finanzierung** der Schulen fast nichts zugibt (außer Fachhochschulen), aber die Verfassung dazu erstellt hat, hat der Kanton Wallis 1962 ein Schulgesetz erlassen und zahlt

50% +x der **Lehrerlöhne** und mind. 30% der **Betriebskosten** und **Investitionen**, außerdem ist er für die **Pädagogik verantwortlich**, d.h. er stellt die

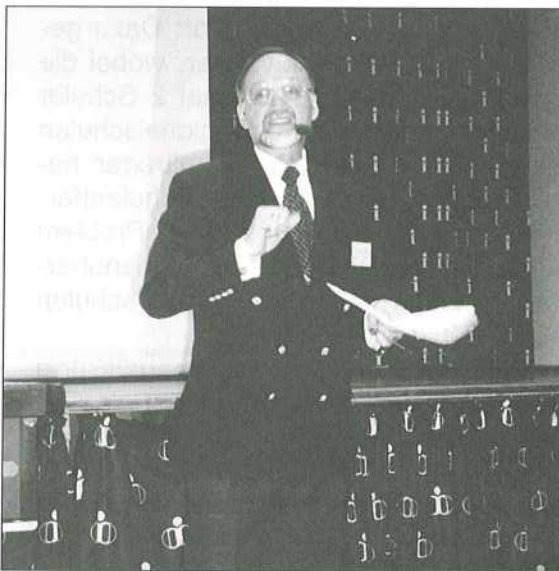


Unsere parteipolitischen Sprecher als intensive Zuhörer

Schulaufsicht. Die **Gemeinden** sind **sehr autonom**, akzeptieren keine Kontrolle durch die Verwaltung - nur durch den Staatsrat. Sie erlassen keine Gesetze, finanzieren aber trotz enger Kassenlage die restlichen Kosten von Schule und Personal und tragen die **Verantwortung für die Ablauforganisation** der Schulen von Ferienregelung über Klassenbildung bis zur Infrastruktur.

Lehrer sind übrigens **keine Beamten**, sondern angestellt oder ernannt für 4 Jahre (adm. Periode - wird in der Regel erneuert). Man legt Wert auf die **Schule im Dorf - aber keine Dorfschule**, sondern eine teilautonome moderne Schule.

Auch das **Schulsystem** unterscheidet sich von unserem. Es gibt eine **sechsjährige Grundschule**, eine **dreijährige Orientierungsstufe (Sek1)** und eine **vierjährige Sek 2**, die als duale Berufsausbildung, als Kolleg (Gymnasium) oder als HMS/DMS (z.B. verschulte Ausbildung wie Bürokaufmann...) besucht werden kann. Danach folgen Fachhochschulen, sehr gut besuchte Fernstudiengänge oder die Universität - in diese kaufen sich die Kantone ein. *Dies nur in Kurzform zur Orientierung.*

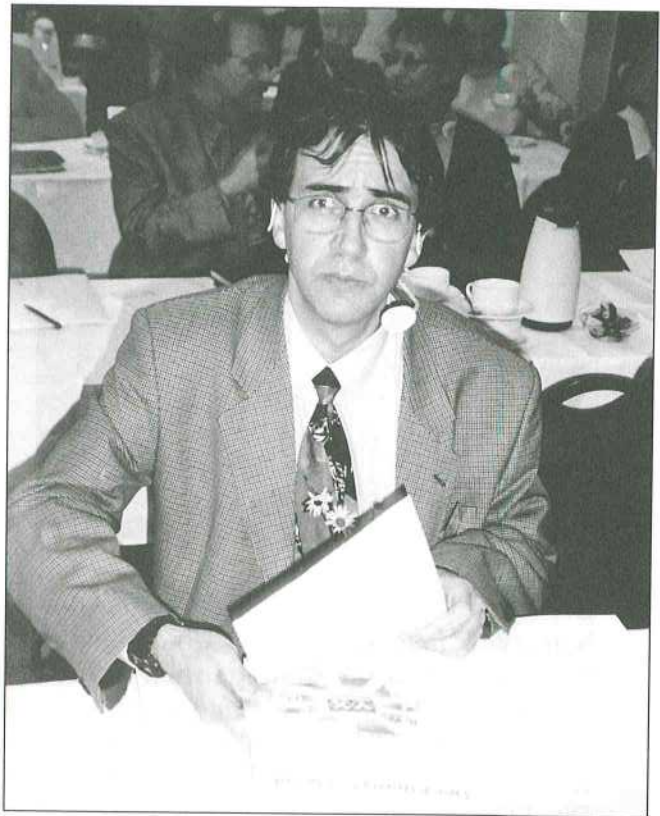


Unser Schweizer Gast Roger Mathieu-Uttenthal

Roger Mathieu-Uttenthal berichtet nach kurzer Begrüßung im Walliser Dialekt (zum Schrecken einiger echter Norddeutscher!) vom **Projekt Erziehung 2000**.

Es beruht auf einer **Untersuchung** des gesamten Verwaltungsbereichs im Kanton Wallis, der auch der **Erziehungsbereich** folgte. Dazu gehörte aber eben nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Päd-

agogik. Zur Reform der Schule ergibt die Fachliteratur folgende Forderungen:



Ebenfalls Walliser: Dr. Ruppen

- **Eine gute Schule** ist eine **gestaltete Schule** mit einer eigenen Schulkultur.
- **Eine gute Schule** basiert auf einer **Zusammenarbeit** der Lehrpersonen.
- **An einer guten Schule** nimmt die Lehrerschaft die **Eigenverantwortung** wahr - dazu gehört Handlungsspielraum, aber auch die **Verantwortung für die Lernqualität**.
- **Eine gute Schule** wird **pädagogisch geleitet** und **nicht nur verwaltet**, die Leitung übernimmt die Verantwortung für die Schulqualität.
- **In einer guten Schule** bildet sich die Lehrerschaft **weiter** in ihren pädagogischen und didaktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten.
- **Eine gute Schule** pflegt die **Zusammenarbeit mit ihrem Umfeld**, den Eltern, den Behörden...
- **An einer guten Schule** wird das Lernen **gemeinsam** mit den Schülerinnen und Schülern gestaltet.

**Lehrerinnen und Lehrer müssen
vom ICH und MEINE KLASSE
zum WIR und UNSERE SCHULE finden**

Für die Untersuchung gab es im Vorfeld viele **Ängste** der Lehrer/innen abzubauen, deshalb wurden **Rahmenrichtlinien** erstellt:

- Erziehung 2000 war Teil der Walliser Reformprojekte.
- Die **Qualität** des Erziehungswesens sollte erhalten bzw. **verbessert** werden;
- dasselbe galt für den Unterricht.
- Die Kosten mußten bewältigbar werden - angestrebte **Ersparnis** von 12 Mio. Franken.
- Es gab Regierungsleitlinien zu beachten.
- Es wurde eine **Garantie auf Stellenerhalt** ausgesprochen.

Es gab einen **Terminplan**, der einzuhalten war. Die Schulen wurden erst **informiert**, dann später per Fragebogen interviewt, der Zufall spielte bei der Auswahl mit. Durch Rückkopplung mit Arbeitsgruppen (Module) in unterschiedlicher Besetzung stellte man fest, dass die Lehrer/innen ähnliche Gedanken entwickelten wie die Module-Teilnehmer. Es wurden unterschiedliche Arbeitszeiten der Lehrer/innen im deutschsprachigen Oberwallis und im französischsprachigen Mittel- und Unterwallis festgestellt und auch z.B. je nach Fachgebiet sehr unterschiedliche Fortbildungsaktivitäten.

Es zeigte sich auch, dass im Wallis in der Grundschule und Sek1 mehr Unterricht als in der Schweiz insgesamt erteilt wird. Es gab recht viel Fortbildung, aber wenig Teamarbeit!

Insgesamt wurden für jede/n Lehrer/in drei Arbeitsfelder festgestellt:

- Die **Klasse** - also Unterricht, Vor- und Nachbereitung, Erziehung, päd. Gespräche mit Kindern... etwa **80 - 85 %**
- Die **Schule** - also Kontakte Kollegium, Planung, Organisation... etwa **10 - 15 %**
- Die **Lehrperson** - also Fortbildung/SCHILF... etwa **5 %**.

Unabhängig von der Wochenstundenzahl geht man von einer jährlichen Arbeitszeit von 1900 Std. in Behörden aus und kann dann die einzelnen Anteile problemlos berechnen.

Insgesamt hat die Untersuchung zu mehr Aufmerksamkeit in punkto Arbeitszeit überhaupt, zu mehr Austausch der Lehrer zum Thema untereinander, aber auch von verschiedenen Schularten und damit zu mehr Transparenz und Verständnis geführt. Die Folge waren dann auch Veränderungen, d.h. ein Heraufsetzen der Entlastungszeit 1997/98 besonders bei den kleinen Schulen, die allerdings verbunden war mit einer Delegation von Verwaltungsaufgaben an die Schulleitung.

Im Kanton Wallis wurde der **berufliche Auftrag des Lehrers dabei nicht isoliert als unterrichtliche Aufgabe gesehen, sondern auch die organisatorische Mithilfe bei der Neugestaltung der**



Konzentrierte Zuhörer beim Schweizer Vortrag

Schule insgesamt. Ziel war die Gestaltete Schule mit einer eigenen Schulkultur. Für die Umsetzung gab es vom Kanton Vorgaben an die Schulen und ihre Träger, die Ausgestaltung sollte aber durch alle an Schule Beteiligten selbst erfolgen - nicht zu vergessen die kompetente Schulleitung! Dazu gehörten eine umfassende Betrachtungsweise und ein längerer Zeitraum zur Entwicklung mit allen Schulpartnern, auf die dann zur Qualitätssicherung eine äußere Evaluation erfolgen sollte.

Dazu gehörten die Bereiche:

- Unterricht und Erziehung

- Planung und Vor- und Nachbereitung
- Arbeit mit Schülern
- sonderpädagogische oder sozialpädagogische Betreuung
- Schulleben
- Kollegium
- organisatorische und administrative Aufgaben
- Schulentwicklungsarbeit
- persönliche Fortbildung

Dabei soll weiterhin **die Arbeitszeit der Lehrpersonen in x Stunden festgelegt werden, ein bestimmter Teil muss aber für Fortbildung frei bleiben und außerhalb der Unterrichtszeit muss es für alle Lehrer festgelegte Zeiten für die Schule geben (85% - 5% - 10%). Dieses Tätigkeitsfeld Schule ist unabdingbar!** - ein typisches Beispiel ist die Arbeit in Leistungsgruppen in Kl. 7-9 (vergleichbar der Arbeit an einer unserer Gesamtschulen!).

Gegeben hat es diese Anteile schon **immer** in der Schule, aber Schul- und Fortbildungsbereich waren oft dem Zufall, dem Interesse jedes Einzelnen überlassen und **weder strukturiert noch verbindlich noch untereinander verbunden**, was jetzt eben möglich ist und **wodurch sich das neue Arbeitszeitmodell auf die Schulentwicklung insgesamt so positiv auswirkt.**

Da sich die Trennung von Finanzierung und Entscheidungsbefugnis (s. Einleitung) negativ auf die Pädagogik in der Schule ausgewirkt hat, muss zu einer **Teilautonomie** (ein gewisser kantonaler Rahmen bleibt) gelangt werden. Dazu erhalten die Lehrkräfte einen **Pool**, der nicht einzeln bewilligt werden muss und der sie befähigt, **vor Ort gute Lösungen zu finden**, hinter denen dann auch die Lehrkräfte selbst stehen - so lassen sich **mit bescheidenen Mitteln Probleme besser lösen** (Bsp. klassenübergreifende Fördermodelle u.a.). Bestünde nur eine Unterrichtsverpflichtung gäbe es keine flexiblen Lösungen; das geht nur, wenn **alle** an den Schulkonzepten mitarbeiten müssen! Werden die 10% der Schularbeit und die 5% der Fortbildung zusammengelegt, ergeben sich eine **Menge innovativer Fähigkeiten.**

Das Modell kann aber keineswegs auf **Leitung** verzichten - im Gegenteil,

Gestaltung braucht Leitung, die letztendliche Verantwortung tragen die Schuldirektoren. Diese sind Gemeindeangestellte oder Angestellte einer **Schulkommission** bei Schulträgern aus mehreren Gemeinden (Verwalter mit Weisungsbefugnis); Ihre Entlastung wird auch von der Gemeinde getragen. Der Kanton - zuständig für die Pädagogik - verlangt **dazu** für Lehrerteams aus ca. 7 Lehrern je einen verantwortlichen Leiter, der mit zur Schulleitung gehört und stellt Mittel zu seiner Entlastung oder z.B. für **SCHILF** u.a. zur Verfügung. Diese **Teamleiter** werden vom Direktor nach Anhörung des jeweiligen Lehrerteams **ernannt**. In kleinen Gemeinden hat eine Schule dann oft nur ein Team und dessen Leiter sitzt dann wie der Direktor in der Schulkommission. Solche Lehrerteams arbeiten an gemeinsamen Schulprojekten.

Für Schuldirektoren, mögliche Nachfolger, Abteilungsleiter... wurden bereits Fortbildungen **„Kader in der Schulentwicklung“** in Form von Fernstudien (in der Schweiz sehr beliebt und gut) und Seminaren durchgeführt mit den Bereichen:

- Arbeitspsychologie und Arbeitsorganisation
 - Unternehmensführung
 - Personal und Führung
 - Öffentlichkeitsarbeit
- insg. ca 250 Std in einem Jahr

Nun läuft die Ausbildung möglicher Lehrerteamleiter, zukünftiger Schuldirektoren.. z.Zt. als Kurs **„QualiTOPP“** ebenfalls als Fernstudium. Dazu gehören Themenbereiche wie

- Team und Teamarbeit
 - Projekte planen und steuern
 - Die lernende Schule und
 - Qualität in der Schule.
- Insg. ca. 525 Std in drei Jahren

- - -

Nach dem Mittagessen folgte um 14 Uhr die Podiumsdiskussion mit dem Moderator Uwe Nieber vom NDR, Herrn Mathieu-Utenthal, für das Ministerium Herrn Keudel, für die Wirtschaft Dr. Wullich, für den Landesrechnungshof Herrn Witt, für den LEB Herrn Wagner und Herrn Doppke für den slvsh.

Nach der Schilderung eines schweizerischen Schulleiter-Arbeitstags (Nachmittagsunterricht nach großer Mittagspause, die Schüler fahren nach Hause) mit viel Zeit für Gespräche und der deutschen Variante mit zu wenig Zeit bzw. unbefriedigendem ewigen Zuspätkommen in den Unterricht beklagt sich der Elternvertreter über zu viel Unterrichtsausfall, der Rechnungshof über zu wenig Gelegenheit zur Vertretung und die unterschiedliche Bela-

muss. Von den Dänen sind Teile wie die **Jahresarbeitszeit** zu übernehmen, nicht aber das zu differenzierte Kontrollsystem. Die Schweiz bietet mit ihrer „**Systemzeit**“ - also der Arbeitszeit jedes Lehrers für das System Schule - ein nachahmenswertes Modell, das offen und durchschaubar ist. Der Landesrechnungshof stellt fest, dass **Angestellte momentan zu teuer** sind und dass ab 1999 nicht auf die 0,6 Std Mehrarbeit verzichtet werden kann, weil noch

zu viel Unterricht fehlt. Er berichtet aber auch, dass Lehrer 4-5% weniger krank sind als andere Beamte, wobei die 200 Stellen der langfristig Kranken allerdings nicht mitberechnet sind. Dr. Wullich er-



Das Podium

stung in den Schularten und die Wirtschaft über die mangelnde Beherrschung der Kulturtechniken, fehlende Sozialkompetenz und Qualifikationsbefähigung.

Herr Keudel schildert das Anhörungsverfahren der Arbeitszeitkommission und muss stellvertretend für die Ministerin langanhaltende „Schläge“ besonders aus dem Publikum einstecken, da genau dieses System der Anhörung als nicht mehr vertrauenswürdig (s. KLAUS) kritisiert wird. Gefordert werden Gespräche, die durch ihre Dialektik im gegenseitigen Lernprozess zu einem optimaleren Ergebnis führen könnten, als dies beim Überstülpen der Schubladenversion von KLAUS erfolgt ist - beispielgebend ist hier der Vertrauensvorschuss der Schweiz an ihre Schulen. Dort wurde dies übrigens durch einen Zusammenschluss aller Lehrerorganisationen möglich, die sich - wieder im Gegensatz zu uns! - an einen Tisch gesetzt haben und damit gemeinsame Stärke demonstriert haben. Die Schulentwicklung hat dort davon profitiert - so dass Gelder für die notwendige Zeit der Beteiligten bewilligt wurden.

Beim Problem der unterschiedlichen Leistungszeit z.B. in Sek I an den verschiedenen Schularten, die zu 100% Unterschied zwischen Haupt- und Gesamtschule führen, herrscht im Wesentlichen Einigkeit darüber, dass hier umverteilt werden

klärt, dass in der Wirtschaft **immer Ziel und Mittel zur Erreichung desselben in Deckung gebracht** werden, was in Schule offensichtlich nicht der Fall ist. Zum Krankenstand berichtet er, dass in den kleinen **selbstorganisierten Leistungsgruppen** seiner Firma die Kollegen selbst dafür sorgen, dass niemand auf Kosten der Kollegen unnötig krank feiert.

(Eine Beobachtung, die von kleinen Schulen auch oft berichtet wird!) Auch die unterschiedliche Bezahlung bei gleicher Arbeit wird kritisiert, wobei in der Wirtschaft zumindest im Management-Bereich keine 38,5-Stundenwoche zu haben ist - allerdings dafür eine andere Honorierung. Dagegen wird vom Publikum festgestellt, dass mehr Geld da wäre, wenn **andere Prioritäten** gesetzt würden. (Bildung überhaupt, aber auch 10 Mill. DM für Gutachten?)

Es wird angemahnt, dass sich der Staat aus vielen Bereichen der Erziehung ganz verabschiedet hat wie bei Schwererziehbaren, Chaoten..., dass sich auf lange Sicht aber die schlechte Bildungspolitik beim **Sozialbudget rächen** wird (Abbrecher, Nicht-Vermittelbare, kriminelle Jugendliche, Banden,...). Außerdem werden die heimlichen Aufträge an die Schule im Erziehungsbereich viel zu wenig gewürdigt, wo sich heute schon viele Eltern

verabschiedet haben. Aber zur Forderung nach mehr Leistung gehört eben auch mehr Motivation. Das Mindeste ist dabei **das Aufhören mit der Lehrerschelte**, aber auch **mehr Zeit für Schulleitung**, die ja motivieren soll und kann und - aus der Schweiz - **Teamarbeit** - nicht nur bei Lehrern, sondern bei allen an Schule Beteiligten! Dass ein Mehr an Identität, ein gelungener Konsens über Grundsätze der Weltanschauung und Erziehung und eine gewisse Autonomie zu Erfolg führen, zeigen auch die verschiedenen Arten von Privatschulen. Insgesamt hat die Diskussion gezeigt, dass - laut Uwe Nieber - ordentlich **Dampf im Kessel** ist. Diesen **Sand im Getriebe** der Schulentwicklung können wir uns eigentlich nicht leisten, dies sollte der Ministerin übermittelt werden.

Der Vorstand dankte allen Beteiligten für ihre Offenheit und ihr Engagement und überreichte Buchgeschenke.

*In den letzten 20 Minuten fasste Herr **Dr. Riecke** - Psychologe und im Bereich Schulreform und Management tätig sowie Begleiter der Arbeitszeituntersuchung in Bremen - die Ergebnisse des Tages zusammen:*

Den angesprochenen Sand kennt auch er als mangelnden Stil in Kollegien, aber auch im Umgang von Ministerium und Schulleitungen, der verhindert, dass man zusammenkommt. Das Problem sieht er im Aufgabenwandel von Schule, welcher verunsichert, da es keine messbare Feststellung gibt, was Schule wirklich leistet - da es stets nur Beobachtungen bestimmter Facetten gibt. Schule ist aber nur durch Transparenz und Sachlichkeit zu bewerten. Die Schweiz hat eine Organisationsdiagnose durchgeführt in Form

- eines Konzeptes
- eines langfristigen Fahrplans für 5-6 Jahre
- die Betroffenen aktiv einbezogen und dadurch zu Beteiligten gemacht und
- auf Freiwilligkeit geachtet
- **dies ist vorbildlich !**

Das wäre auch für uns wünschenswert: Welches pädagogische Konzept wird angestrebt? Welches Zeitszenario gehört dazu?.. und nicht umgekehrt: Soviel Zeit hast du, nun sieh, wie du die Pädagogik reinquetschst.

Aus Bremen berichtet Dr. Riecke dazu:

- Die **Transparenz** der Dokumentation der Arbeitszeit der Lehrer **nach außen** führt zu mehr **Selbstbewusstsein** in der Öffentlichkeit, weil die Belastung sichtbar wird!
- Die **Transparenz nach innen** kann zu mehr **Arbeitsgerechtigkeit** führen: Aufgabenorientierung statt Zeitorientierung (Stunden „runterreißen“).
- Die Wandlung vom Einzelkämpfertum zum **Team**, das für die Schule verantwortlich ist, führt zu mehr **Arbeitszufriedenheit**.

Statt Ich und meine Klasse - Wir und unsere Schule!

- Die Arbeit kann **flexibler** gehandhabt werden, nicht nur in den bekannten 45-Min.-Takten, sondern in sinnvollen Förder- und Fordereinheiten (Schwache und Starke), d.h. Flexibilität ermöglicht bessere **Differenzierung**, mehr Betreuungsangebote, **verlässliche Unterrichtszeiten**, damit **weniger Unterrichtsausfall**, dazu **Rhythmisierung** im Unterricht... (s. Bremer Modell).



Dr. Riecke bei seiner Zusammenfassung

- Und das Heikelste, deshalb erst am Schluss angesprochene: Der **effektive und effiziente** Einsatz, bei dem **Zeitaufwand** und Leistung **sinnvoll** korrelieren, und der Aufwand angemessen ist, was zu

20 - 30% „Schulentwicklungszeit“ incl. Fortbildung, die im Gegensatz zu den **45 - 50%** Unterricht, für die ja immer **Kontrollmöglichkeiten** vorhanden sind und den **20-30%** der Vor- und Nachbereitung, die

pauschal gesetzt werden, in der Anfangszeit **individuell dokumentiert** werden müssen (ca. 12-15 Std.). Später können sie dann eventuell auch per Vertrauensvorschuss oder durch Teambildung - also gegenseitige Kontrolle - abgesichert werden.



Und noch ein letzter Blick ins Publikum

mehr Kooperation führen müßte.

So läßt sich die **Qualität von Schule insgesamt durch die neuen Arbeitszeitmodelle entscheidend verbessern**, weil sich z.B. Teamarbeit auf das Schulklima positiv auswirkt, Differenzierung und Rhythmisierung das Lernen verbessern, Betreuungsangebote Schülern und Eltern helfen, Effizienz das Kollegium entlastet. *Zur Bremer Untersuchung veröffentlichen wir im Anschluss an den Kongressbericht Teile des von Herrn Dr. Riecke geplanten, aber so nicht gehaltenen Vortrags, die nähere Auskünfte zu Einzelheiten für Interessierte geben.*

Im Gegensatz zum Schweizer und dem Modell des Kollegen Arpe, die beide zu einer Verteilung von 80% Unterricht mit Vor- und Nacharbeit, 15 % Systemzeit und 5% Fortbildungszeit kommen, nennt Dr. Riecke aus Bremen

Zur Rolle der Schulleitung

nennt er die alte Version des **primus inter pares**, bes. in der Pädagogik,

seit einiger Zeit auch zunehmend den **Moderator** für die vielen Kommunikationsprozesse und schließlich den **Manager** der Schulentwicklung, was wesentliche **Führungstätigkeiten** beinhaltet wie **Personalmanagement** (Auswahl, Motivation, Gespräche), **Budgetierung** und eine **Zielvereinbarungskultur**, bei der gute Ansätze nicht versickern dürfen, d.h. auch **evaluiert** werden muss. Dazu gehört **Kundenorientiertheit** - was nicht heißt, dass Schulleiter mehr unterrichten -, sondern **Visionen** entwickeln, Mitarbeiter **motivieren**, **Gespräche** mit allen Beteiligten führen und

dazu braucht modernes Schulmanagement mehr Leitungszeit!

Holger

Der Kongress des Schulleiterverbandes war ein Erlebnis. Ich hoffe, dass wir mit unserer Darbietung etwas bewirken können zum Wohle der Schulen, indem die Rahmenbedingungen der Hauptverantwortlichen, der Schulleiter, verbessert werden. Für weitere Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Nochmals besten Dank für die gute Aufnahme. Liebe Grüße insbesondere an Michael und die gesamte Crew slvsh.

Roger

Date: Mon, 23 Mar 1998 08:33:
From: "Roger MATHIEU"
To: Holger.Arpe@t-online.de

Auszüge aus Notizen Dr. Rieckes zum Bremer Arbeitszeitmodell

Auszüge aus Hearings an Bremer Schulen

Klare Settings und kindgemäße Lernarrangements

- Die Veränderungen in den letzten Jahren haben zu sehr praktikablen und übersichtlichen Lern- und Arbeitsarrangements geführt.
- Die Schüler wissen, daß von 7.35-13.15 Uhr Schule ist, und sie können sich besser auf diesen Rahmen einstellen. Die Unübersichtlichkeit von unterschiedlichen Anfangszeiten, das Wechseln der Organisationsformen (Klasse-Gruppe-Klasse) und die damit verbundenen Probleme sind mit den verlässlichen Unterrichts- und Betreuungszeiten weitgehend überwunden worden.
- Damit entfällt der frühere Erklärungsbedarf bei Vertretungsunterricht und Stundenplanänderungen. „Schule findet statt! Darauf können sich Schüler und Eltern verlassen.“
- Die mit dem neuen Arbeitszeitmodell verbundenen pädagogischen Veränderungen (weniger Fachlehrerwechsel, Unterrichtsblöcke, Projekttag, ...) wirken positiv auf den Unterricht und das Unterrichten.
- Der Projekttag wird für zahlreiche Aktivitäten genutzt. Die einheitliche Regelung, Dienstag ist Projekttag, wirkt erleichternd für viele Kollegen.
- Die Arbeit an der Schule verläuft „gleichmäßiger“ und „ruhiger“ als zu früheren Zeiten.
- Dadurch daß die Schüler mehr Zeit in der Schule verbringen, wird auch der Unterricht entzerrt. Es herrscht weniger Hektik und Zeitnot im Unterricht. Das Unterrichtsklima ist entspannter. „Wir hetzen nicht mehr durch den Unterricht.“
- Pausen werden dann gemacht, wenn sie notwendig und angebracht sind. Dies fördert die Lernatmosphäre. Unterstützt wird die Wirkung einer solchen Verlaufsform des Lernens durch das Geringhalten von Lehrerwechseln. Der Unterricht liegt zumeist in einer Hand bzw. in zwei Händen. Durch Teamteaching ist ein enger Kontakt der Klasse zu beiden Lehrern gesichert.
- *Die Schüler arbeiten bzw. lernen also unter relativ überschaubaren, ruhigen, bekannten und dem Lernprozeß angemessenen zeitlichen und sozialen Bedingungen.*

Betreuungsangebote

- Diese positive Entwicklung wird durch das Betreuungsangebot gestützt. Ca. 25% der Schüler (40-45 Schüler) nutzen die Angebote.
- Damit erhalten insbesondere die Schüler Lernmöglichkeiten, die zu Hause weder eine ruhige Lernumgebung, noch Hilfestellungen durch die Eltern vorfinden.
- Die Angebote, die über den Unterricht hinausgehen, können im Rahmen des neuen Arbeitszeitmodells leichter umgesetzt werden.

Eltern

- Die Eltern sehen das Angebot der Schule sehr positiv. Das zeigt sich u.a. im Elternbeirat und auf Elternabenden.
- Es herrscht unter den Eltern die Sicht vor die Lehrer tun, was sie tun können.

Kooperation - OE-Block

- Übereinstimmung besteht über die positive Funktion der Kooperationszeit: „Durch den verbindlichen Termin kommen Probleme auf den Tisch und werden diskutiert.“ „Differenzen

werden eher ausgesprochen.“ „Spannungen können dadurch leichter abgebaut werden.“ „Man trifft sich öfter (Austausch, Solidarität).“

- „Die gründlichere Reflexion von Rahmenbedingungen und Organisation führt zu mehr Übersicht.“
- Durch den OE-Block sind mehr Kollegen in die Organisation von Schule einbezogen. Die Arbeit wird damit gerechter verteilt.

Dokumentation der Arbeitszeiten und Belastungen

- Die Einschätzungen des schriftlichen Festhaltens der Arbeitszeiten ist widersprüchlich. Die Meinungen reichen von „sehr positiv“ bis „sehr negativ“.
- Die Dokumentation der Arbeitszeiten wird von einigen Kollegen als aufschlußreich eingeschätzt, da der als sehr groß eingeschätzte Umfang der eigenen Arbeit bestätigt und belegt wird. Außerdem wird die Transparenz über die verschiedenen Arbeitsbereiche des Lehrers erhöht. „Das Verfahren hat die Sicht auf unsere Belastung versachlicht.“ „Jetzt weiß ich genau, daß ich viel arbeite.“ „Ich habe kein schlechtes Gewissen mehr.“ „Die Dokumentation ist gut für mein Wohlbefinden.“

Zusammenhänge: Arbeitszeitmodelle und Schulqualität

klare Settings vereinbaren - Verlässlichkeit nach innen und außen sicherstellen	viel Unterricht „aus einer Hand“ - wenig Fachlehrer- wechsel	differenziert fördern - Leistung fordern
Zeit lassen - eine ruhige Lernatmosphäre schaffen	Schulqualität	Projektunterricht u.ä. - neue Methoden erproben, <i>ohne</i> Bewährtes aufzugeben
Flexibilität - Unterrichts- rhythmen und Pausen auch den Bedürfnissen anpassen	feste Kooperationszeiten - Absprachen intensivieren und Teamarbeit nutzen	ein positives Schulklima schaffen - Eltern einbeziehen

	Schulqualität	
Ergebnisse Was wollen wir erreichen? → Mindeststandards	Prozesse Wie wollen wir das erreichen? → Unterrichtsformen → Regelmäßige Absprachen	Strukturen Welche strukturellen Verände- rungen sind notwendig? → Räumliche Netzwerke → Teambildung

Arbeitszeitmodell

Die Arbeitszeit wird in drei Bereiche eingeteilt, wobei Bandbreiten gelten:

		Primarstufe (28 Pflicht-U-Std.)
1. Zeit mit Schülern	mit dem Stundenplan festgelegt	45-50%
2. V/N-Zeit	entsprechend zu 1. pauschalisiert	25-30%
3. GUS	wird dokumentiert (Ampelkonto)	30-20%

GUS: Gestaltung von Unterricht und Schule

Beispiel 1: Lehrer mit maximaler Zeit für Schüler - wenig GUS-Zeit

	Stunden	Primarstufe
1. Zeit mit Schülern	23,2	50%
2. V/N-Zeit	13,9	30%
3. GUS	09,3	20%
Summe	46,4	

Beispiel 2: Lehrer mit minimaler Zeit für Schüler - viel GUS-Zeit

	Stunden	Primarstufe
1. Zeit mit Schülern	20,9	45%
2. V/N-Zeit	11,6	25%
3. GUS	13,9	30%
Summe	46,4	

Dokumentation der Arbeitszeit pro Woche (vollzeitbeschäftigte Beamten)

Name	Vertrag	Zeit mit Schülern	V/N-Zeit	GUS-Zeit
Meyer	100% 46,4	47% 21,9	27% 12,5	26% 12,0 davon 2 OE-Block: 10,0

Woche	GUS-Tätigkeit	Zeit	Summe	10 +/- *
1.	Konferenz	2		
	Elterngespräche	40'		
	Schülergespräche	20'		
	Fachkonferenz	2		
	Stadtteilinitiative	2		
	Vorlage Schulkonferenz	1		
	Arbeit in der Sammlung	1	9	-1
2.	Klassenreise**		+7	+6
3.	...	4	4	0

* Fortlaufende Summierung von Über- oder Unterstunden. Ausgleichspflicht im Quartal.

** Klassenreise: Pro Tag 16,25 Stunden. Überstunden = $16,25 - 9,28$ ($46,4 : 5$) = 7

Vorschlag einer Arbeitszeitreform für Lehrkräfte und Schulleitungen

vorgestellt der Arbeitszeitkommission des Kultusministeriums Schleswig-Holstein

- Holger Arpe / Michael Doppke -

1 Warum eine neue Arbeitszeitverordnung ?

Es gibt für eine Schulentwicklung eine pädagogische und eine ökonomische Begründung. Für beide Bereiche sind in Schleswig-Holstein bereits Bausteine (z.B. Budgetierung, SCHILF, dezentrale Personalverwaltung) entwickelt worden, die aber noch auf einem Materialberg liegen und nicht zu einem Bauwerk zusammengefügt sind, vielleicht ist sogar der Bauplan noch nicht fertig oder nur nicht veröffentlicht.

Zu häufig läuft die Diskussion über Schulentwicklung leider nur auf die ökonomische Dimension hinaus, d.h. knapper werdende Finanzen und der zu erwartende Schülerberg.

Aber Schulentwicklung hat eine pädagogische Dimension. Sie hat eine Philosophie, eine Vision, die eine Einordnung der Bausteine möglich macht, den Weg erkennen und Zwischenziele erreichbar werden lässt (Erfolg motiviert!)

Für die Schule könnte sie heißen:

Vom Einzelkämpfer zum Teamarbeiter.

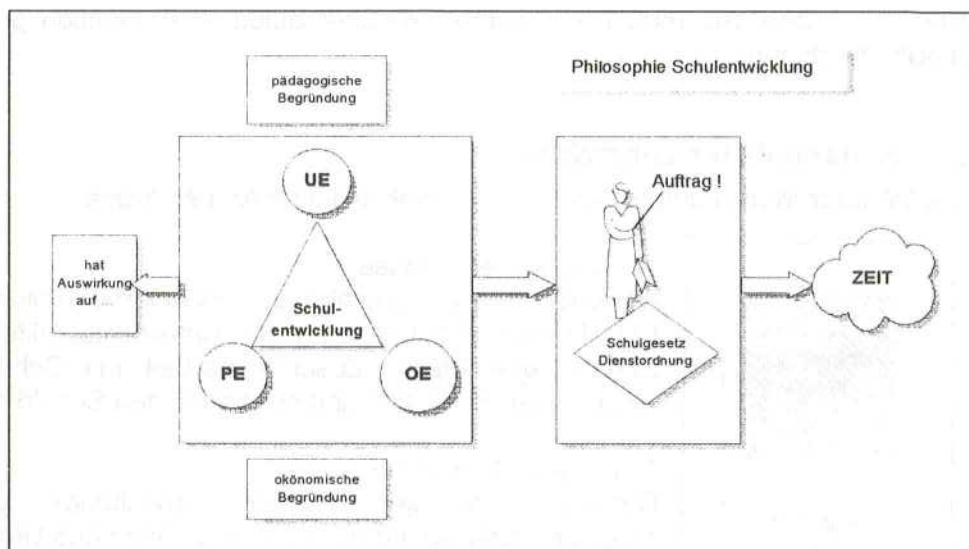
Vom „Ich und meine Klasse“

zum „Wir und unsere Schule“

Auf der Grundlage dieser Philosophie muss Schule einen Auftrag bekommen, der im Schulgesetz und in Verordnungen verankert und geregelt ist.

Dieser Auftrag geht über eine reine

Unterrichtstätigkeit der Lehrkräfte hinaus. Für sie werden neue Aufgabenfelder zu definieren sein. Schulentwicklung besteht aus dem Dreigestirn Personal-, Unterrichts- und Organisationsentwicklung.



2 Tätigkeitsfelder werden definiert

Die Schulentwicklung wird auf viele Bereiche der Schule und ihres Umfeldes Auswirkungen haben. Ich beschränke mich nur auf den mit diesen Aufgabenfeldern verbundenen Aspekt **Zeitbedarf**.

Hier werden zunächst einmal die drei mit Schulentwicklung verbundenen Tätigkeitsfelder (Unterrichts-, Organisations-, Personalentwicklung / UE, OE, PE) aufgeführt, die Zeit brauchen. Diese Tätigkeitsfelder sind sowohl von Lehrkräften als auch von Schulleitern zu bearbeiten. Wegen ihrer unterschiedlichen Aufträge haben sie auch unterschiedliche Zeitmengen zur Verfügung.

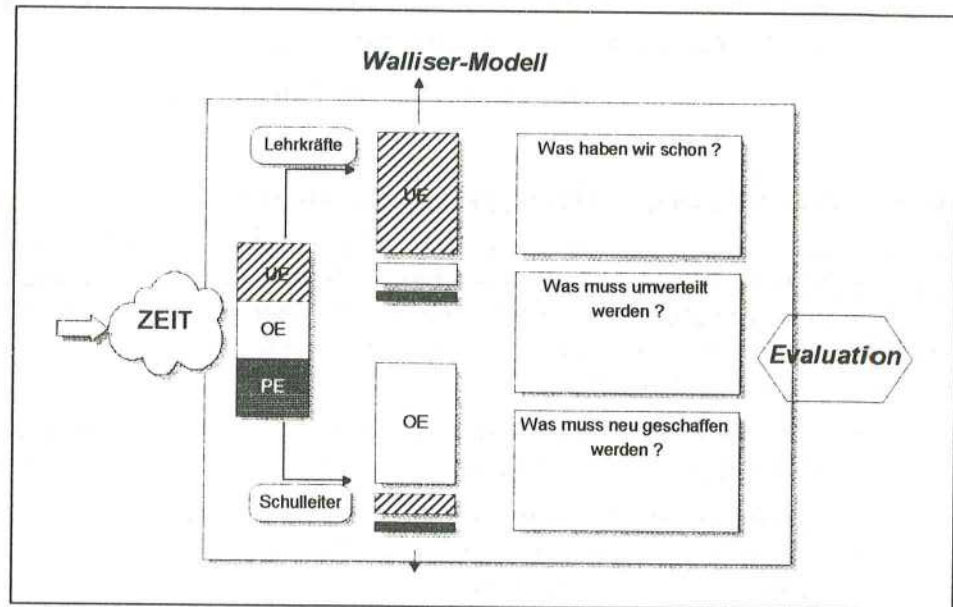
Denn:

Die **Lehrkräfte** sind für die **Qualität von Unterricht** verantwortlich, die **Schulleitung** für die **Entwicklung der Schule und des Lehrerteams**.

Genau das spiegelt sich in den Anteilen der Tätigkeitsfelder wider.

Die prozentuale Verteilung auf die Tätigkeitsfelder folgt bei den Lehrkräften dem Walliser-Modell. Bei den Schulleitern ist das Modell des s/vsh Grundlage. Beide Modelle werden weiter hinten ausführlicher dargestellt. Abschließend wird die Frage zu beantworten sein: Woher kommen die erforderlichen Stunden für Lehrkräfte und Schulleiter?

Wer Zeit verbraucht, muß Rechenschaft darüber ablegen. Evaluation gehört zum Prozess Schulentwicklung.



2.1 Zeitanteile für Lehrkräfte

Das Walliser-Modell unterscheidet drei Tätigkeitsfelder für Lehrkräfte



1. Tätigkeitsfeld Klasse

Unterricht und Erziehung, Schülerbeurteilung, Vorbereitung, Korrekturen, Nachbereitung des Unterrichts, Hilfe und Beratung der Schüler und Eltern; Zusammenarbeit mit Schülereltern, mit den zuständigen Behörden und spezialisierten Schuldiensten

2. Tätigkeitsfeld Schule

Beteiligung an gemeinsamen Verwaltungs- und Entwicklungsaufgaben, Beteiligung an der Koordination des Unterrichts und an der Zusammenarbeit zwischen Partnern (Kollegen, Schulleitungen, Behörden, Eltern, Spezialdiensten)

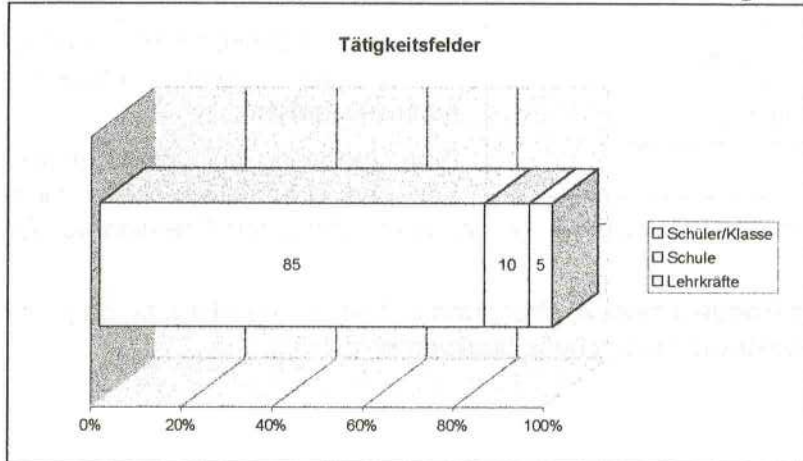
3. Tätigkeitsfeld Lehrkräfte

Berufliche und persönliche Fortbildung und Beibehaltung der körperlichen und geistigen Frische in allen Tätigkeitsbereichen, Ständiges sich in Frage stellen hinsichtlich der Arbeit und des Berufes (stete Selbstevaluation)

Die Jahresarbeitszeit in diesen **drei Tätigkeitsfeldern** soll wie folgt verteilt werden:

- 85 % Tätigkeitsfeld Schüler/Klasse
- 10 % Tätigkeitsfeld Schule
- 5 % Tätigkeitsfeld Lehrkraft

Die Prozentwerte der einzelnen Lehrkraft können von den oben vorgeschlagenen abweichen (Regelung vor Ort), es sollte aber nicht von dem Prinzip abgewichen werden, dass alle Lehrkräfte am Entwicklungsprozess der Schule teilnehmen (Philosophie) und alle Lehrkräfte eine persönliche Fortbildung betreiben. Somit wird Fortbildung verpflichtend.



Darüber hinaus müssen Maßnahmen eingerichtet werden, die helfen, dass Lehrkräfte ihre physische und psychische Gesundheit erhalten (z.B. Supervision). Es reicht nicht, die vielen vorzeitigen Versetzungen in den Ruhestand zu beklagen, es müssen verpflichtende Veranstaltungen aufgebaut werden, um die Dienstunfähigkeit zu vermeiden und die Lebensarbeitszeit aus-

halten zu können.

2.2 Jahresarbeitszeit anders verteilen

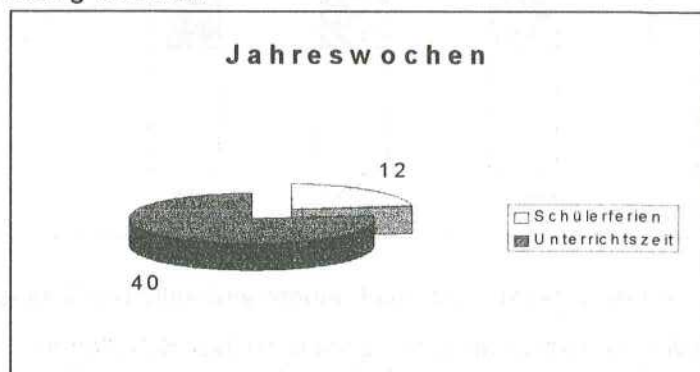
Es scheint an der Zeit zu sein, über eine andere Verteilung der Jahresarbeitszeit nachzudenken. Bekanntermaßen ist die Arbeitszeit der Lehrkräfte in Schulen während der Unterrichtswochen stark verdichtet (etwa 47 Wochenstunden). Eine Entlastung wäre zu erreichen, wenn ein Teil der Lehrerarbeitszeit in die Schülerferien verlagert würde.

Nach diesem Modell wäre folgende Aufteilung denkbar.

Wir teilen die Jahresarbeitszeit in 40 Wochen Unterrichtszeit und 12 Wochen Schülerferien.

Die 12 Wochen Schülerferien beinhalten:

- *Urlaub für Lehrkräfte* entsprechend dem gesetzlichen Anspruch plus Nachteilsausgleich, weil Urlaubszeiten nicht selbst terminiert werden können
- *Arbeitszeit für Lehrkräfte,*
- *Kompensationszeit;* Ausgleich für die während der Unterrichtswochen über das Maß des öffentlichen Dienstes hinaus geleistete Arbeit (im Durchschnitt 47 Wochenstunden, also ca. 7 Std. mehr pro Woche).

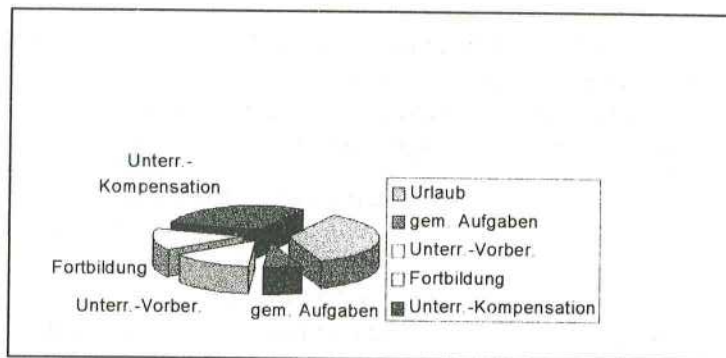


Die *Arbeitszeit in der unterrichtsfreien Zeit* kann von den Lehrkräften einer Schule nach gemeinsamer Planung und Absprache genutzt werden für

- Fortbildung
- Unterrichtsplanung, -vorbereitung
- Erledigung gemeinsamer Aufgaben

Hier ist die Möglichkeit gegeben, mehr gemeinsam zu arbeiten. Das kann für die einzelne Lehrkraft entlastend sein und die angestrebte Teamarbeit (im Sinne der Philosophie) fördern.

Die Anteile der einzelnen Felder sind individuell festzulegen, der Schulleiter kontrolliert den Arbeitszeitrachweis.



Die Zeit für das Tätigkeitsfeld Schule ist aufgabenbezogen verteilt, der Zeitverbrauch wird evaluiert.

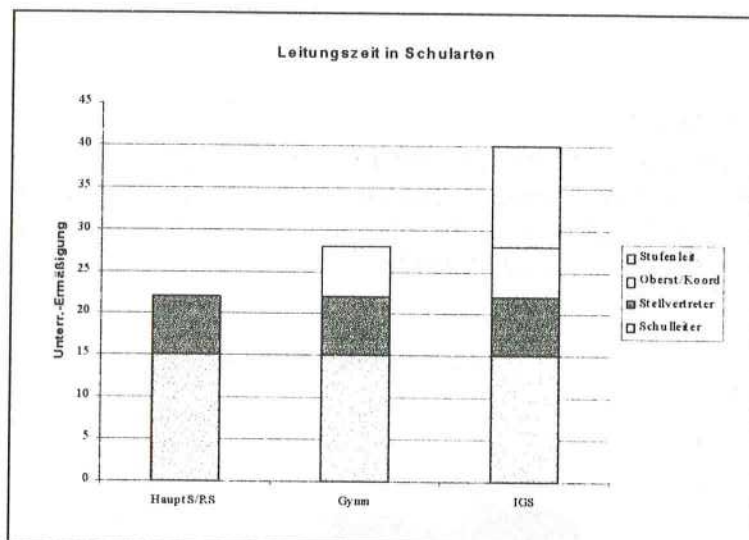
Für das Tätigkeitsfeld Schüler/Klasse wird kein Arbeitszeitrachweis geführt.

Eine Verteilung auf unterrichtsfreie Zeit und Unterrichtswochen muss

ohne Einengung durch Erlasse in Abstimmung mit den örtlich zuständigen Gremien vor Ort geregelt werden.

Eine Evaluation wird unkorrektes Handeln zeigen, aber zunächst ist es unabdingbar, dass das Handeln der Schulen mit einem Vertrauensvorschuss begleitet wird.

2.3 Schulleitungszeit



Wir haben schon in unserer Verbandszeitung Nr. 24 dargestellt, dass zur Zeit in den Schularten bei gleicher Schulgröße unterschiedliche Mengen an Leitungszeit zur Verfügung gestellt werden.

Hier noch einmal unser Standpunkt:

Die Leitungstätigkeit ist **nicht abhängig** von der Schulart, deshalb ist eine unterschiedliche Zuweisung nicht angemessen.

(Außerdem werden die Funktionsträger in den genannten Schularten höher besoldet.)

Die Leitungszeit wird nach einem einheitlichen Schlüssel (siehe VZ Nr. 24) festgelegt.

Wie bei den Lehrkräften gehen wir bei Schulleitern in unserem Modell von einer Wochenarbeitszeit (gemessen in Zeitstunden) aus. Nach Festlegung der Leitungszeit in Zeitstunden ergeben sich aus dem Rest der Arbeitszeit die Zeiten für die Tätigkeitsfelder Lehrkräfte und Klasse. Analog zur Leitungstätigkeit in Schularten muss das Tätigkeitsfeld Lehrkräfte nicht schulartspezifisch behandelt werden, somit können wir für den Bereich gleiche Werte ansetzen. Bleibt noch das Tätigkeitsfeld Schüler/Klasse übrig, hier muss man sich darüber unterhalten, ob die Unterrichtsverpflichtung in den Schularten wirklich unterschiedlich bemessen werden sollte.

3 Ausblick

Der Lehr- und Bildungsauftrag wird heute umfassender verstanden als früher. Das Arbeitsfeld hat sich stark verändert, neue Aufgaben sind an die Schule heran getragen worden, die Elternarbeit hat mehr Bedeutung gewonnen. Der Bedarf an Fortbildung ist größer geworden, der Anspruch an Fortbildung hat sich gewandelt **Schulentwicklung braucht Zeit.**

3.1 Entlastung schaffen

Arbeitszeiterhöhung allein ist keine Lösung

bestenfalls ein populistischer Schachzug von Politikern (Lehrer arbeiten ohnehin zu wenig, haben zu viele Ferien und arbeiten nur halbtags!). Es würde ja auch unterstellen, dass noch Zeit- und Kraftressourcen frei wären, dabei belegen viele Erhebungen,

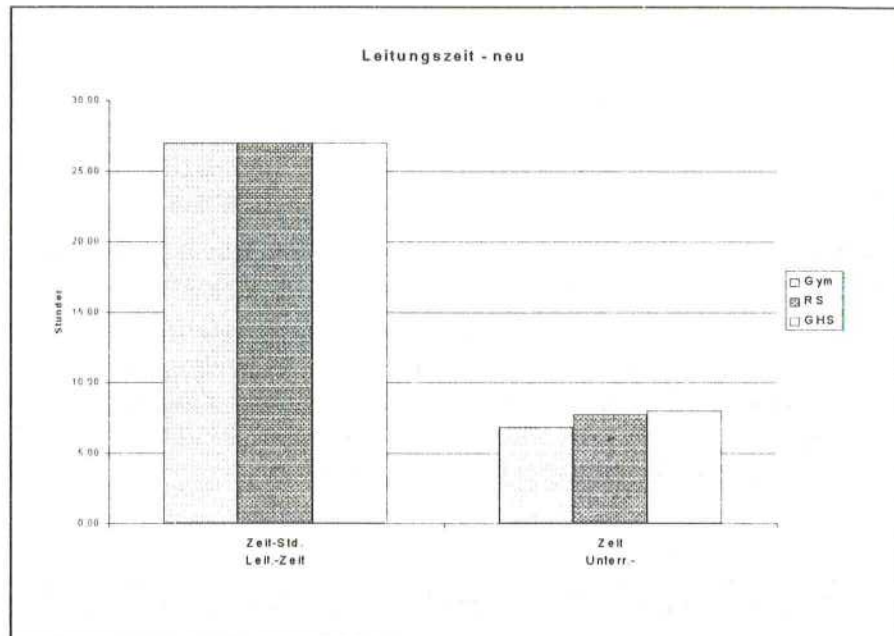
dass die Arbeitsverteilung auf das Jahr gesehen ungünstig ist. Eine starke Verdichtung in den Unterrichtswochen führt häufig zu Ausfällen.

Ziel einer veränderten Arbeitszeit muss es auch sein, die Belastung der Lehrkräfte während der Unterrichtswochen zu reduzieren.

Auch eine psychisch entlastende Image-Verbesserung wäre wünschenswert. Sie muss einerseits von innen kommen, aber dringend von außen unterstützt werden (Wie stellen Politiker die Arbeit von Lehrkräften dar?).

Lehrkräfte müssen sich fortbilden können, ohne dabei ein schlechtes Gewissen zu haben, weil dann Unterricht ausfällt. Sie müssen erfahren, dass man von ihnen Fortbildung erwartet und dass dafür Zeit zur Verfügung gestellt wird.

Die Zeit für Unterricht muss eine konstante Größe sein. Alles was in den beiden übrigen Tätigkeitsfeldern (OE, PE) passiert, darf nicht zu Lasten von Unterricht gehen. Unterricht muss immer zu 100% gegeben werden.



3.2 Schulleitung braucht Zeit

Die Haupttätigkeit von Schulleitern ist Kommunikation. Aus dem Grunde ist es unumgänglich, die Anzahl der an der Schule tätigen Lehrkräfte neben der Schülerzahl als Bemessungsgrundlage zu nehmen. Zu jeder Mitarbeiterin, jedem Mitarbeiter in der Schule muss der Schulleiter Kontakt halten, somit wird seine Arbeitszeit zu einem großen Teil bestimmt durch die Zahl der Beschäftigten an der Schule, der Beschäftigungsumfang spielt dabei keine entscheidende Rolle. Besonders im Grundschulbereich hat in den letzten Jahren die Teilzeitarbeit sehr zugenommen. Schulleiter mit einer hohen Unterrichtsverpflichtung haben es manchmal schwer, diese Kolleginnen zu treffen.

Im Gegensatz zu Arbeiten der Lehrkräfte im Tätigkeitsfeld Schule, die aufgabenbezogen sind, ist die Arbeit von Schulleitern funktionsbezogen zu sehen, da sie nicht in der Summe zeitlich begrenzt ist.

Nach jetziger Regelung entfallen Entlastungsstunden wegen besonderer Tätigkeiten bei Schulleitern, wenn sie damit die fünf Stunden Mindestunterrichtsverpflichtung unterschreiten. Hier muss eine Änderung erfolgen: das Mindestmaß soll bleiben, aber einen Teil der Entlastungsstunden muss ggf. auf andere Personen, die dann definierte Schulleitertätigkeiten übernehmen, übertragen werden können.

3.3 Umverteilung wollen !

Es ist selbstverständlich, dass der erforderliche Zeitbedarf wegen der augenblicklichen Finanzsituation des Landes nicht in der Gesamtheit zusätzlich zur Verfügung gestellt werden

kann. Aber viele Zeitbudgets gibt es schon. **Außerdem kann umverteilt werden**, dabei geht es um die Stunden, die schon jetzt im Lande verteilt werden. In vielen Bereichen wird **Zeit** zur Verfügung gestellt (Pflichtstunden im Sek.I-Bereich, Fachberater auf allen Ebenen, SCHILF-Tage, indiv. Fortbildung, IPTS-Struktur, ...). Hier muss jetzt deutlich hinterfragt werden, ob diese Bereiche mit dem großen Ziel in Übereinstimmung sind, ob die Zeit effektiv genutzt wird (Evaluation), ob nicht Ungerechtigkeiten und Pfründe abzubauen sind.

Ein weitere Zeitressource, Veränderung der Jahresarbeitszeitverteilung, Arbeit in unterrichtsfreien Zeiten und an Nachmittagen, wird nicht ohne Widerstände zu erschließen sein.

Aber das ist bei fast allen Reformen so. Man muss alle Argumente prüfen, Weitblick zeigen und das Ziel nicht aus den Augen verlieren. Eine Reform, wenn sie dann den Namen verdient, ist auf Langfristigkeit angelegt. **Schulleitung besetzt eine für die Umsetzung der großen pädagogischen Innovation wichtige Schlüsselstelle**, sie kann die Landesregierung unterstützen, wenn es in die aufgezeigte Richtung geht.

ASD-Frühjahrstagung 26.3. - 28.3.98 in Berlin

- Angelika Sing -

Nach der **Begrüßung** (TOP 1) durch Frau Richter für den ausrichtenden Berliner Verband und den stellvertretenden ASD-Vorsitzenden Dr. Habeck, wurde als Gast Rechtsanwalt **Dr. Brackmann vom BDA**, Vorsitzender der Initiative Hauptschule, vorgestellt, der in der anschließenden Podiumsdiskussion u.a. die Belange der Wirtschaft in der Initiative Hauptschule vertrat. Habeck erinnerte an die **Berliner Erklärung der ASD von 1989**; seither hat sich nicht nur Berlin entscheidend verändert, sondern auch die Schule ist enormen Veränderungen ausgesetzt und damit auch Schulleitung, deren Stellenwert als Motor für Qualität von Schule heute endlich wahrgenommen wird. Schulleitung mußte sich vom Verwalter zum Gestalter und nun zum Dienstvorgesetzten weiterentwickeln, eine Entwicklung, die erst beiläufig, dann gewollt und schließlich zwangsläufig erfolgt. So wurde aus der **ASD als Ständevertretung eine Gemeinschaft, die auch bildungspolitische Verantwortung übernehmen muss!**

Im Podiumsgespräch zur Initiative Hauptschule unter der Moderation von Armin Hechler, Dr. Brackmann für den BDA, Walter Rossow für den s/vsh - beide Vorstandsmitglieder

der Initiative - und Rudi Doil für den SLVNW wurde zuerst von der Gründung am 10.11.97 berichtet. Wirtschaft wie Schule geht es dabei um die Qualität von Schule und die Leistungen ihrer Schüler. Unbestritten liegt dem die Sorge um das gegliederte Schulwesen zugrunde, dessen schwächstes Glied man stützen will, um das Ganze zu erhalten. Seit 1996 ist das böse Wort von der „Restschule“ im Gespräch, dazu kommen die vielbeklagten Defizite im Leistungsvermögen, die von der Wirtschaft und in Untersuchungen immer wieder beklagt werden, mit dem Ergebnis, dass in vielen Bereichen Hauptschüler ohne Hilfe keine Chance mehr im Berufsleben und damit in der Gesellschaft haben. Während andere Schularten in der Gesellschaft wie in



Podium von links: Dr. Habeck, Dr. Brackmann, Hechler, Rossow, Doil

der Politik eine Lobby haben, fehlt diese der Hauptschule, die nun mit vielen kompetenten Partnern wie BDA, DIHT u.a. geschaffen werden soll. Die Stellung der Hauptschule ist ja in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich von „politisch gewollt und von breiter Zustimmung getragen“ wie in Bayern bis zum „Aussterben“ wie im Saarland. Die Hauptschule gibt es ohnehin nicht - die Unterschiede sind individuell sehr groß. Interessant ist, dass in Untersuchungen abgefragte Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben, Rechnen Defizite erbrachten - natürlich unterschiedlich je nach Schulform. Bei den sog. Schlüsselqualifikationen wie Personalkompetenzen, also Einstellung zur Arbeit, Leistungswille...., die für die Wirtschaft besonders wichtig sind, gab es keine Unterschiede zwischen den Gymnasiasten und den Hauptschülern! Um den Eltern, die ihre Kinder an der Hauptschule anmelden, weil sie hoffen, dass deren Schwächen durch die nötige Förderung und Zuwendung ausgeglichen werden, und der Öffentlichkeit, aber auch der Schulpolitik und anderen Hauptschulen zu zeigen, was geleistet wird und um gute Beispiele zur Nachahmung anzubieten, wird von der Initiative Hauptschule **der Hauptschulpreis '99** für die Bundesrepublik ausgelobt. Die Ausschreibung erfolgt im August dieses Jahres, es werden bereits vorhandene Projekte aus den Schuljahren 96/97 und 97/98 gesucht - sowohl solide Hauptschularbeit als auch neue Ideen - aber nicht geplante zukünftige. Es werden bis zu 35 Preise von DM 2500.— aufwärts verteilt werden. Alle Preisträger, aber auch alle anderen Teilnehmer sollen in einer Dokumentation veröffentlicht werden. Dass die Bedingungen für Hauptschularbeit durch verschiedene Länder, verschiedene Wohnlagen, Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache, verschiedene Finanz- und Gebäudebedingungen... sehr unterschiedlich sind, wird die Jury zu beachten haben. Schirmherr wird voraussichtlich Bundespräsident Herzog sein. Der Preis soll Mut machen, Vorbilder zeigen, zur Nachahmung anregen und zu einer besseren Zusammenarbeit der Hauptschulen mit ihrem Umfeld und ihren Abnehmern - also Handwerk, Industrie, Dienstleistern und Wirtschaft - führen.

Walter Rossow berichtet von der **Mitgliedschaft des s/vsh in der Initiative Hauptschule** und wirbt um Eintritte anderer Verbände, bzw. der ASD. In der Aussprache

zeigt sich dann, dass einigen Schulleitern die Forderungen der Wirtschaft an Hauptschule einfach zu überzogen und damit unerreichbar erscheinen, da die Hauptschule nicht die Gesellschaft reparieren kann. Während die Betriebe die mangelnde Vorbereitung der Schüler auf das Erwerbsleben bemängeln - bes. auch im Auftreten, in Motivation und Information - beklagen die Schulen den Mangel an Ausbildungsplätzen und Angeboten für Hauptschüler auf Grund des nach unten verlagerten Verdrängungswettbewerbs. Nicht wegzudiskutieren ist auch, dass Eltern eigentlich keine Hauptschulbildung möchten, sie nur notgedrungen akzeptieren, an ihre Kinder überhöhte Leistungsforderungen - nicht nach Bildung, sondern nach höheren Abschlüssen - stellen und dafür sogar das Scheitern der Jugendlichen in Kauf nehmen; eine Entwicklung, die Ende der 60-er-Jahre begonnen hat und heute ihre Konsequenzen in aller Härte zeigt. Fazit ist, dass die Landesverbände in ihren Vorständen und bei den Mitgliedern über die Initiative Hauptschule informieren und ein Votum für oder gegen einen Eintritt in die Initiative Hauptschule einholen. In der ASD insgesamt gibt es Stimmen, die vor einer Beherrschung durch die Wirtschaft und unnötige Streicheleinheiten von der falschen Seite ebenso warnen wie vor bildungspolitischem Stillestand und andere, die gerade deshalb die gestaltende Mitarbeit in der Initiative fordern. So erhält Walter Rossow den Auftrag, die Interessen der ASD vorerst im Vorstand mitzuvertreten, ohne dass die ASD formal eintritt.

Nach den TOP 3 und 4, der Zustimmung zu Tagesordnung und dem Protokoll der Herbsttagung, wird ein Fax des schwer erkrankten Kollegen Jurczok verlesen und Genesungsgrüße zurückgesandt. Armin Hechler vom IHS übernimmt als Krankenvertretung im Vorstand die Kontakte zur Wirtschaft.

Der Vorstand hat mit einer deutlichen Ausweitung des Infodienstes - der Beifall gezollt wird - und der Fertigstellung einer Geschäftsordnung des Vorstandes, eines Geschäftsverteilungsplanes desselben (der wegen Jurczoks Ausfall aktualisiert werden muss) - deutliche Akzente gesetzt (TOP 5). In TOP 6 folgt der Bericht zur Kassenübergabe durch Michèle Kramm, die mit effektiv ca. DM 600,— (für Briefpapier und erste Sitzungen) die Kasse bei der Herbsttagung

übernahm und lobt, dass bereits alle Mitgliedsbeiträge eingegangen sind, so dass der Stand DM 15.000,— beträgt. Sie stellt die Etatplanung für '98 vor, die für Vorstandsarbeit 11.000,— und für Arbeitsgruppen neu! DM 3000,— enthält; diese wird einstimmig angenommen.

Unter TOP 6 berichtet Kollege Hechler von der Vorbereitung einer Veranstaltung von Wirtschaft und Schule zur Qualität derselben, wo deutlich wurde, dass die Schulaufsicht durch Übernahme äußerer Evaluation versucht, sich in ihren alten Sätteln zu halten. Er lädt zu einem **Symposium „Qualitätsmanagement in der Schule“ am 22.5.98 ins debis-Gebäude nach Berlin** ein, einer gemeinsamen Veranstaltung der Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE/ WIRTSCHAFT, der Konferenz der Schulräte, der ASD und der BV der Obstdirektoren, an der jeder Landesverband möglichst mit 3-4 Schulleitern vertreten sein sollte, um ein entsprechendes Gleichgewicht zu den Vertretern der Wirtschaft und der Schulräte zu bieten. Die ASD beteiligt sich mit etwa DM 500,— aus dem Haushalt „Sonstiges“ (einstimmiger Beschluss).

Ebenfalls ohne Einsprüche werden in ungewohnter Einhelligkeit und rasantem Tempo unter TOP 8 auch die **Geschäftsordnung der Mitgliederversammlung** in ihrer endgültigen Fassung und in TOP 9 die **Geschäftsordnung von Ausschüssen** jeweils einstimmig verabschiedet.

Am Freitag, den 27.3.98 beginnen ab 9 Uhr zum ersten Mal mit visualisierter Unterstützung durch +/- Plakate (auch SL lernen mit wenigstens 2 Sinnen) und ohne die sonst übliche Schluss-Hetze die **Berichte aus den Landesverbänden**, um daraus möglichst Aufgabenstellungen für die zukünftige ASD-Arbeit ziehen zu können:

Für **Berlin** beklagt Frau Körnig die Überalterung des Verbandes und die damit verbundenen Austritte. Zwischen die PädF-Einleger wird jetzt eine eigene aktuelle Zeitung eingeschoben. Pro Halbjahr werden etwa 20 Themen in der verbandseigenen Fortbildungsbroschüre angeboten, was zuletzt von 600 Schulleitern auf eigene Kosten genutzt wurde. Brandenburg wurde weiter unterstützt. Mit den Niederlanden wird ein

kollegialer Austausch begonnen. In den östlichen Bezirken wurden die Schulleiter verbeamtet, aber als Lehrer, nicht mit Funktionsstelle, das wurde verschleppt. Dabei gibt es 29 Schulschließungen: Die Regelungen für Schulleiter wurden dabei wenig be- und überdacht, auch Rechtssicherheit besteht nicht. Der Dienstvorgesetzte ist angedacht, aber überall fehlt es an der Entschlossenheit der Verantwortlichen - viele Informationen erhält die Schule über die Presse statt über den Dienstweg. Die Modellprojekte zur Autonomie werden aber erfreulicherweise weitergeführt.

Für **Baden-Württemberg** berichtet Herr Mack vom Mitgliederzuwachs auf 450, wo-



Für Baden-Württemberg: Herr Mack, Frau Finckh

bei dafür nicht die Öffnung für alle Schular ten verantwortlich war. Der Mitgliederbrief wird umfangreicher, ebenso die Fortbildungsangebote (ca. DM 250,—), eine juristische Beratung durch einen Anwalt für DM 2000,— pro Jahr wurde eingerichtet. Mit dem Städte- und Gemeindetag wird um eine bessere und gerechtere Ausstattung der Schulen gerungen, hier schießt der Philologenverband aber quer. Insgesamt sind die Finanzen im Verband zu knapp und die Presse zu wenig interessiert. Die nächste Tagung wird gemeinsam mit der Wirtschaft - Mercedes - ausgerichtet, daran nehmen immer auch die Schulämter teil, die eine Strukturveränderung vor sich haben. Die Organisation des Verbandes wurde mehr regionalisiert - leider gibt es noch weiße Flecken. Mit der Ministerin bzw. ihren Aussagen zu Schulleitung ist man zwar sehr zufrieden, sie ist aber fast zu aktiv und bearbeitet so viele Felder, dass der Überblick verloren geht - hier wäre Schwerpunktbildung besser; dazu gehören Schul-

anfang auf neuen Wegen, Neuorientierung in der Personalentwicklung, Weiterentwicklung der Hauptschule und Werkrealschule. Die ganze Halbtagschule kommt nicht, aber eine Kernzeit und mehr Ganztagsangebote, Autonomie muss ohne eine Verwaltungsstunde mehr erarbeitet werden - die Budgetierung ist umgesetzt. Das Papier der ASD wurde bearbeitet und dem Ministerium vorgelegt - der Begriff „Leitungszeit“ wird sich dann wohl durchsetzen, das bedeutet auch nicht m e h r Zeit, aber einen Einstieg ins Berufsbild Schulleitung.

Für **Hamburg** berichtet Frau Böttcher von einer Umfrage des Verbandes zu Arbeitsschwerpunkten, bei der es von 300 Schulen ganze 25 Rückmeldungen gab! Inzwischen hat der Verband 350 Mitglieder. Das Ansehen der Grundschulleiter hat sich verbessert, sie erhalten etwas mehr Leitungszeit, trotzdem sind kleine Grundschulleiterstellen noch immer schlecht zu besetzen, da diese häufig weniger verdienen als der gleich ausgebildete Realschullehrer! Stellvertreter sind weiterhin Verhinderungsvertreter, eine Anhebung ist nicht in Sicht. Die verlässliche Halbtagsgrundschule wird bis 2001 flächendeckend vorhanden sein, dabei müssen gleichzeitig 1,73% des Hamburger Haushalts = 1200 Lehrerplanstellen eingespart werden; dabei kommt es zu Umschichtungen von ca. 20% z.B. aus dem Gymnasialbereich. Die Berufsschulen unterstehen jetzt dem Arbeitsministerium und sind recht autonom, dort werden neuerdings statt Sportunterricht teilweise Gutscheine für den Sportverein ausgeteilt - allerdings wenig eingelöst!!! Referendare werden in Zukunft mit 6 Stunden selbsttätigem Unterricht auf die Lehrerplanstellen angerechnet. Bis 1.8.2000 müssen Schulprogramme erstellt werden, dazu wird viel Fortbildung angeboten. Insgesamt ist auch die Hamburger Senatorin fast überaktiv. Zum 2. Mal wurden jetzt in einer riesigen Untersuchung die früheren Fünftklässler (1. Untersuchung) als jetzige Siebtklässler auf ihren Leistungsstand überprüft. Leider wurden nicht 100% der alten Klassen wiedergefunden, aber die schwachen Standards führen jetzt zur Standardisierung von Klassenarbeiten! Ein Mehr an Budgetierung hat durch das bisherige unterschiedliche gute Miss-/Management zu sehr unterschiedlicher Ausgangslage der Schulen geführt. Der Sparhaushalt des Senats ließ zwar eine Absenkung der Klassenfrequenzen zu, aber

auf Kosten der Teilungsstunden und in Sek.I der zusätzlichen Stunden für WPKs (z.B. HS n u r noch 28 Std + 9!). Während sich die Hauptschullehrer verbessert haben - bis auf den allgemeinen Wegfall der Altersermäßigung - müssen Gymnasial- und Berufsschullehrer mehr arbeiten. Der Verband prüft gerade, ob eine Klage wegen mangelnder Fürsorgepflicht des Staates sinnvoll ist, da Schulleitern ständig verdeckt Mehrarbeit zugemutet wird.

Hessen hat mit Pensionären ca. 1000 Mitglieder und regionalisiert über Kreisverbände ebenfalls föderativ. Die Fortbildungsangebote des Verbandes müssen selbst bezahlt werden und liegen z.T. in der Freizeit. Für ca. 10000,— gibt es seit einem Jahr eine juristische Beratung. Es wird ein Beihelfer bei Luchterhand erstellt. Der Verband erfährt zunehmend Akzeptanz und ist mit allen Gremien im Gespräch, wird aber nicht im Ministerium beteiligt. Die hohe Vorstandsbelastung ist schwer zu ertragen; das Berufsbild Schulleitung stößt bei Leitungen kleiner Grundschulen auf Ablehnung - hier sitzen noch „Lehrer mit gelegentlichen Verwaltungsaufgaben“! Das Schulgesetz von '92 führte zur Stärkung der Schulleitung, geht dem Verband aber nicht weit genug bis zum Dienstvorgesetzten mit Disziplinierungsmöglichkeiten. Die Teilautonomie schreitet fort, Schulprogramme sind Pflicht. Die Schulaufsicht wurde von 24 auf 15 reduziert. Die verlässliche Halbtagschule ist ebenso Thema wie eine neue Arbeitszeitverordnung mit Präsenzzeit, bes. an den Grundschulen mit Unterrichts- und Betreuungszeiten! Insgesamt ist eine Verschlechterung der Unterrichtssituation zu erwarten. Über das **Saarland** informiert Kollege Hechler, der jährlich zu deren Tagung eingeladen wird. Der ASD-Beitrag wird von Hessen alimentiert. Inhaltlich vermittelt der Vorstand absolutes Desinteresse an ASD; nach ihrer Vorstellung ist der Schulleiter der 1. Lehrer, der am besten bei den Lehrerfortbildungen ausgebildet wird - auch die Mitgliederwerbung wird nicht vernünftig betrieben. Nach kurzer Aussprache wird beschlossen, die saarländischen Schulleiter über Luchterhand u.a. direkt - ohne Verbandsbremse sozusagen - anzusprechen. Sollte es dort kein Echo geben, soll im Herbst der **Schlusspunkt** für das Saarland in der ASD gesetzt werden.

Mecklenburg-Vorpommern lobt den erneuerten Infodienst. Es hat jetzt 250 Mit-

glieder, aber zu wenige Vorstandsschultern, Schulleitertag und Regionalisierung kommen aber gut an. Im Ministerium wird man akzeptiert und arbeitet sogar in Arbeitsgruppen bei Erlassen... mit. So wird gerade versucht, über die neue Arbeitszeitverordnung eine eigene Schulleiterregelung einzuschieben. Teilweise sind die Schulleiter fast Dienstvorgesetzte, da durch die Reduzierung auf 4 Schulämter Aufgaben delegiert wurden. Bei den häufigen Schulschließungen gewinnen die Entscheidung der Schulträger, w e l c h e Schule schließt, schulpolitische Bedeutung! Es gibt auch Teilzeitschulleiter!

In **Niedersachsen** sind für alle unter 50 Arbeitszeitkonten errichtet worden - auch für Schulleiter - ab 2003 darf dann abgebummelt werden - allein der Glaube bzw. das Vertrauen fehlt!

Die Altersermäßigung wurde auf 1 Stunde reduziert, für Teilzeitkräfte entfällt sie. Durch die Schulverwaltungsreform hat die Schulaufsicht an Bedeutung verloren, die Schulen sind erfreulich selbständig, allerdings auch mehr belastet, z.T. mit sinnloser Formulararbeit. Der Verband hat 1300 Mitglieder, aber nur 10 aktive Vorstandsmitglieder - man zahlt und erwartet Service!. Durch eine Fortbildung wurde für den Vorstand eine neue Philosophie für mehr Effizienz im Umgang miteinander und damit der Arbeit erreicht. In einem 2. Durchlauf werden die Beziehungsstörungen noch einmal „supervisioniert“.

Nordrhein-Westfalen hat 700 Mitglieder, davon 10% Pensionäre. Informell ist der Verband geachtet, offiziell sind die Kontakte weniger gut, Stellungnahmen werden totgeschwiegen... Der Schulleiter auf Zeit ab A16 soll wie in S-H kommen, die Referendarsstunden werden bedarfsdeckend angerechnet, die Dienstordnung für Schulleiter fordert immer mehr Tätigkeiten wie dienstliche Beurteilungen ohne Zeitausgleich. Die bisher 70% **schulscharfe Ausschreibungen** sollen auf 80% erhöht werden, der Verwaltungsaufwand ist enorm (viele Bewerbungen, große Entscheidungsgremien). Für die **verlässliche Halbtagschule** gibt es DM 6000,— pro Gruppe, dann wird selbständig organisiert, sei es unter Elternvereinsregie oder mit einer Erzieherin... Die unter 50jährigen müssen 1 Stunde mehr unterrichten, die später wie in NI zurückkommen soll.

In **Rheinland-Pfalz** stagniert die Mitgliederzahl bei 250. Die **Vorstandsmitglieder sind seit 10 Jahren aktiv**, die Arbeitsentlastung klappt leider nicht. Es gibt Fortbildung und einen PädF-Beileger. Da ab 1.8. die volle Halbtagschule kommen soll, gleichzeitig aber 90 Lehrerstellen eingespart werden sollen, muss ein neues Arbeitszeitmodell her. Man denkt an 50-Min-Std; 1.+2.Klassen sollen dann nur noch 20 Lehrerstd, 3.+4. nur noch 25 Std. erhalten ohne Differenzierungsmöglichkeit. Insgesamt ist eine Verschlechterung um 0,38 Std. pro Schüler eingetreten. Die anderen Arbeitszeitmodelle, die der Verband zur Verbesserung der Situation kleiner Schulen vorgeschlagen hat, sind nicht angenommen worden. Auch die in Edenkoben versprochene Stärkung von Schulleitung gab es nicht. **Statt Fächern** soll es in Zukunft **Arbeitsbereiche** geben, für die Stundentöpfe gegeben werden, die dann von der Gesamtkonferenz verteilt werden müssen. Bei all diesen Verschlechterungen soll der Schulleiter auch noch die Position des Ministeriums in der Schule gegenüber Lehrer- und Elternschaft vertreten.

Sachsen war 1997 aus finanziellen Gründen nicht bei der ASD anwesend. Die 50 - 60 Mitglieder (durch Schulschließungen immer wieder Austritte) haben recht wenig Einfluss, deshalb ist der Verband Mitglied im Beamtenbund geworden, wodurch sich die Akzeptanz vergrößert hat. Erstmals gab es ein Gespräch mit dem Kultusminister, das sehr gut verlief, aber leider bisher keine Auswirkungen hatte. In Arbeitsgruppen ist der Verband aber vertreten. Die dreistufige Schulaufsicht wurde auf 5 regionale Schulämter für a l l e Schularten reduziert. Grundschulleiter werden nicht verbeamtet, auch ältere Mittelschulleiter bleiben Angestellte als Lehrer mit besonderen Aufgaben. Viele Lehrerstellen konnten aber trotz Rückgang der Schülerzahlen durch Teilzeitstellen erhalten werden. Schulleiter erhalten keine Zwangsteilzeit, aber Schulstandorte sind gefährdet

Sachsen-Anhalt erlebte eine positive Herbsttagung, leider stagnieren aber die Mitgliederzahlen; der Verband nimmt an Anhörungen teil, hat Kontakte zu den Elternvereinigungen und Gespräche im Ministerium; die Akzeptanz ist aber noch gering, was man daran sieht, dass die Freistellung erschwert wird. Eigene Fortbildungsveranstaltungen gibt es nicht, man gibt aber An-

regungen. Da der PädF-Einleger zu selten erscheint und zu teuer ist, wurden wieder eigene Infobriefe verschickt. Eine Rechtsberatung durch einen Anwalt gibt es, allerdings übernimmt der Verband nicht die Kosten. Eine Initiative „Praktisches Lernen“ unter Führung des Verbandes wurde gestartet. Eine **Förderstufe** (Orientierungsstufe) wurde mit zu wenig Information und Vorbereitung eingeführt, so dass die Konsequenzen auf Sek.I noch nicht vorauszu-sehen sind. Schulleiter haben in der Vergangenheit mehr Kompetenzen bekommen, die dann teilweise wieder zurückgenommen wurden. Insgesamt bleibt es aber bei mehr Verwaltungsarbeit ohne die nötige Zeit dazu. Da die Städte Einwohner verlieren, die aufs Land ziehen, kommt es zu Schulschließungen. Bei der Verbeamtung der Schulleiter gibt es Ungleichbehandlungen. Die neuen Arbeitszeitkonten gelten für Lehrer und Stellvertreter - nicht für Schulleiter. Der Vorstand des Verbandes ist durch die Wahl von Frau Minnig und Frau Kramm in den ASD-Vorstand stark überlastet worden.

Schleswig-Holstein berichtet von KLAUS, der gestrichenen Altersermäßigung, der Mehrarbeit für Schulleiter ab 8/98, dem Kongress, der Initiative Hauptschule, dem eigenen Arbeitszeitmodell (Arpe) und der Arbeitsgruppe des Ministeriums dazu, das Anhörung statt kooperative Gespräche will, und dem eingeschlafenen Interesse der Verbandskollegen an Fortbildung.

Thüringen hat einen aktiv arbeitenden Vorstand + Kreisvorstände, die durch mangelnde Mitarbeit der ca. 140 Mitglieder etwas überlastet sind, und ist im **Internet** vertreten. Zweimal jährlich erscheint die Broschüre und ebenso oft wird eine Klausurtagung abgehalten. Die Erwartung der Kollegen, dass der Verband die Verbeamtung erreichen könnte, führt nach Zufriedenstellung oft zum **Austritt**, ebenso wie bei Schulschließungen. Schulleiter bleiben aber Lehrer mit Funktionsstelle ohne Einfluss auf die Personalpolitik. Die Dialogische Schulaufsicht (s. Weimar vor 3,5 Jahren) stellt sich in der Praxis sehr unterschiedlich in ihrer Beratungsfähigkeit dar; es gibt in einer zweistufigen Schulaufsicht noch 13 Ämter. Eine Tendenz zur Budgetierung ist je nach Schulträger festzustellen. Im Ministerium wird an vielen Gesprächsrunden teilgenommen, alle Anhörungen (Lehrpläne) können gar nicht beantwortet werden. Die Situation der Schulleiter an

kleinen Schulen konnte etwas verbessert werden. Das Floating-Modell mit Stundenkonten der Teilzeitlehrer führt zu viel Verwaltungsaufwand.

Brandenburg hat mit 60 Mitgliedern ebenfalls erreicht, dass es gehört wird. Es sollte eigentlich nur zwei Schulformen - nämlich Gesamtschule und Gymnasium - geben, daneben hat sich aber die Realschule durch Elternwillen erhalten. Da sich bei Untersuchungen ein zu niederes Leistungsniveau gezeigt hat, soll es jetzt in Klasse 10 Prüfungen geben. Auch in Brandenburg kommt es zu Schulschließungen, wobei z.B. **riesige Grundschulen** mit 700 Kindern fabriziert werden. Die finanzielle Situation ist unvorstellbar schlecht und zwar in allen Haushaltsstellen! Erst wurden die Gymnasien als Aushängeschilder gefördert, jetzt die Gesamtschulen, die Situation bei den Grundschulen ist unmöglich - besonders dort, wo die Gebäude so marode sind. Die Lehrer sind inzwischen überwiegend **verbeamtet, weil es billiger ist!** Es gab keine Entlassungen, aber Teilzeit 60% + x, wobei man wissen muss, dass Unterstufenlehrer A10 erhalten! Insgesamt gibt es durch Angestellte und Beamte z.T. bei gleichem Gehalt 5 Std mehr Pflichtunterricht und z.B. an einem Gymnasium 6-7 verschiedene Gehaltsstufen, wobei Schulleiter im Vergleich meist zu niedrig eingestuft wurden. Diese dürfen zwar die Verantwortung tragen und dienstliche Beurteilungen schreiben, aber nicht Dienstvorgesetzter werden.

Es kann abschließend festgestellt werden, dass **negative Trends** zu erkennen sind, die in einigen Ländern beginnen und dann „rund“ gehen. Daraus ergibt sich eine Themensammlung, deren Priorität per Punkung festgestellt, thematisch zusammengefasst und dann als Kleingruppenarbeitsauftrag für den Samstagmorgen aufgestellt wird. (s. dort)

Nach dem Mittagessen im Hotel folgte eine insgesamt zweieinhalbstündige Innenstadt-Baustellensightseeingtour - mit einem sehr kompetenten Stadtbilderklärer, der eine hervorragende Mischung aus politischer Geschichte und Architekturgeschichte von Knobelsdorff, Schinkel, Wallot, Lenné über Speer zu Gropius, Scharoun oder vom Altem Fritz, dem Kaiser Wilhelm, den Jüdischen Bankiers, über Hitler, den Besatzern, der SED bis zu den heutigen „Bebauern“ aus Ministerien und Weltwirtschaft bot. Von den 9 Hinterhöfen mit 5,30m Hofgröße bis

zu den gigantischen Tiefbauten, wo der Beton in über 30m Tiefe von Tauchern gegossen wird, um danach das Grundwasser in riesigen Rohrsystemen abzupumpen, fehlte nichts.

Unterbrochen wurde die Tour durch den Besuch im Abgeordnetenhaus bei der **Schulsenatorin Ingrid Stahmer (SPD)**, die uns nett bewirtete, spät erschien, rasch wieder los musste und dazwischen erfreulich ehrlich zugab, von Schule vor Übernahme ihres Amtes außer der eigenen Schulzeit nichts verstanden zu haben.

langt. Nun müssen im nächsten Jahr 3000 Lehrerstellen laut Rechnungshof und Finanzsenatorin eingespart werden, das sind 10% des Gesamthaushalts (Hamburg spart 1,73%!). Das geht nur über eine Anhebung der Stunden, die später zurückgegeben wird (GS jetzt 26,5 Std). Schulleiter "ermäßigung" und Klassenlehrerermäßigung sollen dabei nicht angegriffen werden. Dieser Ausdruck führt zur Darstellung des Berufsbildes Schulleitung, dem Anspruch auf Schultartgerechtigkeit und der Ausbildung für Schulleiter; hier stellt sie dar, dass



Kultursenatorin Stahmer in der Zwickmühle von Frau Körnig und Dr. Habeck

Sie sucht nach Spar-Modellen für die Schule von den Praktikern und bezeichnet Schulleiter als Prellsteine zwischen Lehrern und Bürokratie. Nachdem Dr. Habeck die ASD vorgestellt und Frau Körnig die besonderen Berliner Probleme angesprochen hat, schildert Frau Stahmer, dass sie den Wunsch nach dem Dienstvorgesetzten gut verstehen kann - ja ihn eigentlich für selbstverständlich hält - in ihrem Ministerium aber damit immer auf Ablehnung stösst (*sitzen da womöglich ehemalige Lehrer?*), obwohl sowohl in Wirtschaft als auch Behörden Teamarbeit und Beurteilung durch Vorgesetzte üblich sind. Sie berichtet davon, dass sie für ihren Einsatz für Tarifaussgleich zwischen Ost- und Westberlin aus der Tarifgemeinschaft der Länder rausgeschmissen wurde. Ob Lehrer Beamte sein müssen, bezweifelt sie, ein Zulagensystem „zur Belohnung“ statt Altersaufstieg hält sie für sinnvoll, ihre Bedenkenträger weniger. Obwohl Berlin massiv sparen muss, wurden seit der Pflichtstundenanhebung '92 in der Schule keine Sparmaßnahmen mehr ver-

Führungsqualitäten in jedem Job nebenbei durch Fortbildung gelernt werden müssen, wobei das Peterprinzip zu vermeiden ist. Gerade in Schule ist aber das Vorbildprinzip für Kooperation besonders wichtig. Dass Bildung nicht für so wichtig genommen wird, wie sie für die Zukunft ist - also auch Schule entsprechend gut genug finanziert wird - führt sie auf die vielen Schulgeschädigten in der Gesellschaft - auch in der Presse - zurück. Hier helfe nur eine stärkere Lobby - und empfiehlt in Machtfragen das Zusammengehen mit der GEW.

Nach dem Abendessen in der „Ständigen Vertretung“ am Schiffbauerdamm folgte auf Einladung des Berliner Verbandes ein Besuch des Kabarets „Die Distel“, vor dem bei einigen verantwortlichen Kollegen gelinde Aufregung herrschte, da durch eine Verwechslung die 40 Karten verschwunden waren. Gelegentlich blieb einem bei so viel sarkastischem Humor zum Thema Arbeitslosigkeit und Armut trotz aller spielerischen Leichtigkeit das Lachen im Halse stecken.

Samstagfrüh begann in vier **Gruppen** die Arbeit. Es sollten Arbeitsaufträge für die ASD erstellt werden. Hier leicht verkürzt die vorgestellten Ergebnisse:

1. **Budgetierung - Schulverwaltung - Arbeitszeit von Hausmeister und Sekretärin**

- Reader zur Situation in den Bundesländern
- Begriffsklärung
- Vermögenshaushalt - Verwaltungshaushalt - Bauliche Erhaltung
- Verteilung der Arbeit zwischen Schulleitung, Sekretärin, Hausmeister, Ämtern
- Freiwilligkeit und Eignung
- Ziel: Herausarbeitung vernünftiger Regelungen für Stadt und Land
 ▽ Dies wird eine AG aus HE + TH + NI übernehmen

2. **Arbeitszeitmodelle**

- Aktualisierung der jetzigen Regelung in den Ländern (Jurczok-Papier)
- Sammlung aktueller Modelle a) in den Ländern b) international (Schweiz, Holland, Dänemark)
- Arbeitsgruppe sichtet die Ergebnisse
- neue Vorgänge (meist aus den östl. Ländern) wie Arbeitszeitkonten-Zwangsteilzeit - getrennte Regelungen L/SL - Präsenzzeiten - Ferienpräsenz... werden verglichen
 ▽ Hier arbeiten HH + SH + MV kostensparend, da nebeneinanderliegend

3. **Schulleiter auf Zeit - Dienstvorsgesetzter - Aus- und Fortbildung**

- Im Prinzip ja (denn er kommt ohnedies), aber...
- Juristische Klärung der Bedeutung der Dienstrechtsreform für Schule
- Personalentwicklung - Aus- und Fortbildung
- Gremien zur Wiederwahl (nicht Betroffene)
 ▽ Hier arbeiten gut vorbereitet an nur einem Tag NRW + NI + HE + BE

4. **Kooperationsmodelle zur Öffentlichkeitsarbeit**

- Verschiedene Kooperationspartner sollen Akzeptanz der Arbeit in der Öffentlichkeit erreichen
- Medien + Internet
- Referentenpool aus Ländern, Verlagen, Weitergabe empf. werter Fachleute
- Presseerklärungen, Fachzeitschriften, persönliche Kontakte, Pressesprecher

- Tagungen mit Gästen, bzw. Teilnahme bei and. Verbänden, Bundeselternrat, Wirtschaft, Wissenschaft, Konferenz der Schulräte, GEW, VBE...

▽ Dies wird ohne Arbeitsgruppe als Vorstandsabfrage/Infopost erfolgen.

Für die Gruppen werden jeweils max. DM 500.-- genehmigt. Die Ergebnisse sollen spätestens vier Wochen vor der Herbst-Tagung allen Landesverbänden zugesandt werden.

Unter TOP 11 + 12 wird das Papier der Arbeitsgruppe „Arbeitszeit - Schulleitung“ - in Edenkoben ergänzt - einstimmig verabschiedet. Es kann von den Ländern bei Bedarf genutzt werden (wo es nicht hinter die eigenen Zustände zurückfällt) und z.B. wie von Baden-Württemberg mit eigenen Modifizierungen versehen werden. Es ist so nicht zur Veröffentlichung durch Verlage gedacht. Unter TOP 14 wird dem Papier des Kollegen Jurczok zur „**Programmatischen Arbeit der ASD - Planung der mittelfristigen Arbeit der ASD**“ in den Punkten 1- 13 einstimmig zugestimmt. Zu seinem Massnahmenkatalog wird beschlossen

- Das „**Berufsbild Schulleiter** /-ung wird fortgeschrieben von einer **Arbeitsgruppe** aus HE+BE+BB+Habeck mit Zwischenergebnissen zur Herbsttagung (wegen der größeren Entfernungen max. DM 1500.— Kostenrahmen.)
- Die weiteren Punkte **Schulprogramm / Interne Evaluation / Schulaufsicht...** werden zum inhaltlichen Thema der Herbsttagung gemacht, wobei festgestellt wird, dass in den Ländern HH, BB, NI, NRW, HE, SH bereits im nächsten Jahr obligatorisch Schulprogramme erstellt werden müssen.

Unter dem vorgezogenen TOP 17 wird für den 5.-7.11.98 die Herbsttagung in Magdeburg, Hotel PLAZA, für DM 300.— angekündigt. Zum obigen Thema sollen auch kompetente Referenten für eine Podiumsdiskussion gewonnen werden. Vom 4. - 6.3.99 findet in Oberwolfach die von Baden-Württemberg ausgerichtete Frühjahrstagung statt. Hamburg braucht für die Frühjahrstagung 2000 dringend die Osterferien-daten.

Eine Themensammlung (TOP 15) an den Pinnwänden, die als Cluster geordnet dem

Protokoll angehängt werden soll, ergab als langfristige Wünsche für die Arbeit der ASD im Wesentlichen folgende Themen: Professionelleres Berufsbild - Zusammenarbeit mit dem Beamtenbund - Angleichung von Ost und West - verlässliche INFObörse - europäische Kontakte - hauptamtlicher Vorstand - schulartunabhängige Schulleitungsge-rechtigkeit - mehr Leitungszeit / Verwaltungsstunden - schulpolitische Einmischung - inhaltliche Arbeit - Gesetzgebung - Akzeptanz der ASD stärken - Qualität der Schulen in BRD verbessern und angleichen

- Lehrerinteressen und Schulleiterinteressen besser koordinieren - Dienstrecht....

Es wurde noch daran erinnert, dass eine **Infobörse** nur klappt, wenn die geforderten Papiere von den Ländern auch **pünktlich** beim Vorstand landen - dies ist in Zukunft besser zu beachten!!!!

In der gleichen Art wurde Tagungskritik geübt, wobei die Zustimmung überwältigend war, viele Anregung gegeben und nicht gemeckert wurde, so dass eine zufriedene Mannschaft nach dem Essen wieder in alle Richtungen nach Hause, bzw. in die schon begonnenen Ferien startete.

„Ziele und Wege innovativer Schulen“

Kongress der Bertelsmann Stiftung am 26. und 27. März 1998 in Münster

- Michael Doppke -

In Fortsetzung des 1996 ausgeschriebenen Wettbewerbs „Innovative Schulen in Deutschland“ der Bertelsmann Stiftung, an dem 333 Schulen teilnahmen, fand am 26. und 27. März in Münster der Kongress „Ziele und Wege innovativer Schulen“ statt, der allen Bewerberschulen zusammen mit anderen Schulen sowie Vertretern der Wissenschaft, der Ministerien und der Fortbildungsinstitute die Möglichkeit gab, ihre Erfahrungen über Entwicklungsprozesse auszutauschen. In Workshops und Podiumsdiskussionen wurden sowohl schulformübergreifende Themen behandelt, als auch schulformspezifische Probleme beispielhaft vorgestellt und diskutiert. In den Arbeitsgruppen konnten Schulen sowohl ihren Entwicklungsprozess als auch hilfreiches Handwerkszeug vorstellen. Damit die Erfahrungen für die Weiterentwicklung des Schulwesens nicht ungenutzt bleiben, wird die Bertelsmann Stiftung ein Netzwerk ins Leben rufen und unterstützen. Unter anderem wird eine Homepage

(www.stiftung.bertelsmann.de) im Internet eingerichtet sowie eine Informationszeitschrift herausgegeben. Regionale Arbeitsgruppen werden sich darüber hinaus zielgerichtet mit ausgewählten Fragestellungen beschäftigen.

Als Ergebnis des Kongresses wurde die „Münstersche Erklärung“ verfasst. Zusammen mit den Reden der Bundestagspräsidentin Frau Rita Süßmuth und des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, soll ein Signal an die Öffentlichkeit gegeben werden, endlich die Bildungspolitik ins Zentrum zu stellen. Leider wird die Bedeutung von Schulleitungen vor Ort nur indirekt erfaßt. Trotzdem kann man die Thesen in unseren Bemühungen um angemessene Leitungsbedingungen als Argumentationshilfe verwenden. In der nächsten Ausgabe werden wir Sie über weitere Einzelheiten des Kongresses, insbesondere über das Netzwerk „Innovative Schulen“ unterrichten.

Münstersche Erklärung vom 27. März 1998

**Gute Schulen sind pädagogisch innovative Schulen -
pädagogisch innovative Schulen sind gute Schulen**

Am 26. und 27. März 1998 sind auf Einladung der Bertelsmann Stiftung Vertreter von fast 400 Schulen aus den 16 Ländern der Bundesrepublik Deutschland zusammengekommen.

Ihr Ziel war es, zusammen mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft und Kommunen

- am Beispiel der eigenen Arbeit die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer Weiterentwicklung des Schulwesens sichtbar zu machen,
- die Bedingungen zu klären, unter denen diese Schulreform erfolgreich sein kann.

Der Kongreß hat deutlich gemacht:

Die Weiterentwicklung des Schulwesens hat in allen Ländern begonnen. Die Chancen sind groß, die Entwicklung zu intensivieren und zu beschleunigen. Dies kann gelingen, wenn die Schulen die Reform selbst in die Hand nehmen und die für das Schulsystem Verantwortlichen sie durch nachhaltiges Handeln unterstützen.

Außer den in Münster versammelten Schulen gibt es zahlreiche Schulen, die in ihrer täglichen Arbeit die Reform voranbringen. Es paßt nicht mehr in die Zeit, auf die Reform "von oben" zu warten. Die Bertelsmann Stiftung möchte in einer Situation, die durch die Gleichzeitigkeit von Aufbruch und Lähmung gekennzeichnet ist, mit dem Kongreß und dem Netzwerk "Innovative Schulen in Deutschland" der Reformbewegung Schubkraft und Zuversicht verleihen.

Die Schlußfolgerungen aus der Arbeit innovativer Schulen und aus den Diskussionsergebnissen des Kongresses sind in den **zehn Thesen und Forderungen** der Münsterschen Erklärung zusammengefaßt.

1. Eine Gesellschaft im Wandel verlangt eine sich wandelnde Schule

Es wird höchste Zeit, daß auch in Deutschland, dessen Zukunft in hohem Maße von Bildung und Innovationsfähigkeit seiner Menschen abhängt, die Reform des Schulwesens wie in anderen Ländern in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Anstrengungen rückt.

Das Engagement für das Bildungswesen spiegelt die Wertschätzung, die eine Gesellschaft ihren Kindern und Jugendlichen entgegenbringt.

Kinder und Jugendliche, die heute zur Schule gehen, müssen morgen in einer veränderten Welt bestehen. Sie werden in Schule und Familie die Fähigkeiten entwickeln müssen, in dieser veränderten Welt ihr Leben zu gestalten und den gesellschaftlichen Wandel verantwortlich mitzugestalten und mitzutragen.

Dazu bedarf es auch einer in ihren Zielen, Inhalten und Arbeitsweisen veränderten schulischen Bildung: Offenheit für unterschiedliche Lebens- und Arbeitssituationen, Sicherheit im Durchschauen von Zusammenhängen, in der Urteilsbildung und in der Wertorientierung sind zentrale Grundbefähigungen; die Kompetenz zu lebenslangem Lernen wird zu einem entscheidenden Bildungsziel.

2. Eine innovative Schulentwicklung ist möglich

Die Kräfte, die eine Schulreform tragen und vorantreiben können, sind vorhanden: Sie müssen geweckt, gestützt und in ihrer Arbeit gestärkt werden.

Die Schullandschaft hat sich in den letzten Jahren verändert. Schulen in allen Ländern haben selbst die Initiative zur Weiterentwicklung ergriffen. Dies war vor allem möglich durch das kontinuierliche Engagement vieler Lehrerinnen und Lehrer.

Sie haben ihre pädagogische Arbeit neu orientiert, sie haben sich auf die veränderten Lernvoraussetzungen und Lebensvorstellungen von Kindern und Jugendlichen eingestellt; sie haben die neuen gesellschaftlichen Anforderungen als pädagogische Aufgaben angenommen.

Das Echo von Eltern und von Schülerinnen und Schülern zeigt, daß Kinder und Jugendliche in einer pädagogisch innovativen Schule wieder einen Ort finden können, in dem sie sich angenommen fühlen und in ihren Entwicklungsmöglichkeiten und ihrem Leistungswillen ernstgenommen werden.

3. Es gilt Orientierungen zu schaffen, Eigenverantwortung zu stärken und Wettbewerb zu ermöglichen

Es ist höchste Zeit, aus den Erfahrungen der innovativen Schulen Konsequenzen für die Weiterentwicklung aller Schulen und der Schulsysteme zu ziehen.

Zu diesen Erfahrungen gehört: Innovation in der Schule ist eine pädagogisch orientierte Innovation; die innovative Öffnung der Unterrichts- und Erziehungsarbeit ist kein Freibrief für pädagogische Beliebigkeit; Bildungsansprüche ohne Erziehungsansprüche sind keine Bildungsansprüche; die Orientierung an der kulturellen Tradition und das Bemühen darum, Wirklichkeit erfahrbar

zu machen und zukunftsbezogen zu arbeiten, dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden; Innovationswille und Innovationsphantasie müssen sich in der konkreten Bildungssituation der einzelnen Schulen bewähren und legitimieren.

Bildungspolitik muß wieder langfristige Orientierungen für die Arbeit der Schulen schaffen und konsequent vertreten.

Politik für Bildung darf außerdem nicht in erster Linie Ressortpolitik sein - sie muß im Interesse der Jugend eine Politik gemeinsamen Handelns werden.

Ein gesellschaftlicher Diskurs muß stattfinden, damit neue Ziele im Konsens getragen und verfolgt werden, damit z. B. in der Schule die Handlungs- und Lernfähigkeit des einzelnen gestärkt und zugleich Gemeinschaftsfähigkeit gefördert wird.

Es geht nicht darum, eine neue Reform zu verordnen. Es gilt vielmehr, die innovative Eigenverantwortung der Schulen zu stärken, dafür angemessene Rahmenbedingungen zu schaffen, die Schulen für die Qualität der Bildung in die Verantwortung zu nehmen und den Wettbewerb um gute pädagogische Lösungen in Gang zu setzen.

4. Innovative Schulen brauchen ein innovatives Schulsystem

Selbstgestaltung und Qualitätsverantwortung entstehen dort, wo Entscheidungen getroffen werden und Verantwortung getragen wird.

Ein zentral gesteuertes Schulsystem und die Arbeit innovativer Schulen sind unvereinbar. Deshalb müssen enge Vorgaben, traditionelle Kontrollstrukturen und bürokratische Verkrustungen überall dort, wo sie noch vorhanden sind, aufgelöst und beseitigt werden. Anders sind Innovationskraft und Zukunftssicherheit nicht zu erreichen.

Innovative Schulen sollen eigene Leitbilder und Schulprogramme für ihre Arbeit entwickeln, um so ihre Schülerinnen und Schüler besser auf die Veränderungen vorzubereiten, die in einer offenen und dynamischen Gesellschaft unabweisbar auf den Menschen zukommen.

Innovative Schulsysteme ermutigen die Schulen dazu, geben ihnen Schutz und halten ihnen den Rücken frei.

5. Schulentwicklung braucht öffentliche Verantwortung

Die öffentliche Verantwortung für das Schulwesen darf nicht aufgegeben werden. Es muß bei der gemeinsamen Verantwortung des Staates, der Kommunen und der Einzelschulen für die Qualität und die Qualitätssicherung bleiben.

Qualität und Qualitätssicherung hängen jedoch in erheblichem Maße davon ab, daß staatliche Verantwortung „auf Distanz“ wahrgenommen wird.

Ein neues Selbstverständnis der Schulaufsicht ist deshalb ebenso erforderlich wie ihre Neuorganisation. Beratung und Unterstützung müssen vor Weisung und Kontrolle rangieren.

6. Schulentwicklung braucht gute und engagierte Lehrerinnen und Lehrer

Eine pädagogisch ertragreiche Arbeit steht und fällt mit der Motivation und der Befähigung von Lehrerinnen und Lehrern.

Innovative Aufgeschlossenheit und Professionalität müssen durch eine veränderte Ausbildung und durch Fortbildung in den Schulen gestützt und ausgebaut werden.

Personalführung und Personalentwicklung sollen in den Schulen ebenso zur Selbstverständlichkeit werden wie eine von den Schulen mitverantwortete Einstellungspolitik. Ohne eine kontinuierliche - wenn auch begrenzte - Einstellung junger Lehrerinnen und Lehrer fehlt der innovativen Kraft der Kollegien eine entscheidende Möglichkeit zur Erneuerung.

Der Erfolg innovativer Schulen beruht nicht zuletzt auf dem Vertrauen und der Wertschätzung, die den Lehrerinnen und Lehrern in der Schule und in der Öffentlichkeit entgegengebracht werden. Schulen und Kommunen sollten gemeinsam Wege finden, die Arbeit der Schulen bekannt zu machen und öffentlich zu würdigen.

7. Schulentwicklung braucht Bundesgenossen vor Ort

Die Erfahrung innovativer Schulen zeigt, daß Schule dann erfolgreich ist, wenn sie nicht in die Isolierung gerät, sondern „unsere Schule vor Ort“ wird.

Es ist Sache der Umgebung, Schulen nicht allein zu lassen - es ist Sache der Schulen, sich nicht abzuschotten.

Die Öffnung der pädagogischen Arbeit auf das unmittelbare Umfeld hin und eine enge Kooperation mit Eltern, mit Wirtschaft, Kommune und den gesellschaftlichen Gruppen vor Ort schaffen ein „Sicherungsnetz“, das Schulen für ihre pädagogische Arbeit brauchen.

8. Schulentwicklung braucht Zeit

Pädagogische Arbeit lebt aus Kontinuität und Stabilität. Schulen müssen ihren eigenen Weg in die Reform gehen können.

Schulen brauchen Zeit, um sich in ihrem Selbstverständnis und in ihrer täglichen Arbeit auf die veränderten Anforderungen umzustellen.

Verlässlichkeit in der bildungspolitischen Orientierung ist deshalb Voraussetzung dafür, daß die Schulen den Reformprozeß beginnen und konsequent verfolgen. Langfristige Zielsetzungen, sichere Rahmenbedingungen und „individuelle Entwicklungszeiten“ sind für eine nachhaltige Reform wichtig.

9. Schulentwicklung braucht Mittel

Innovative Schulentwicklung bedarf in erster Linie der Initiative, des Engagements und der Kraft der Menschen, die in den Schulen und für die Schulen tätig sind.

Sie bedarf jedoch auch der Mittel.

Der Widerspruch zwischen der immer dringenderen Aufforderung zur Reform und den finanziellen Restriktionen, die diese Reform behindern oder bereits in den Anfängen

ersticken, wird für Lehrer, Schüler und Eltern immer weniger erträglich.

Es geht nicht darum, mehr zu fordern, wo nur noch wenig zu verteilen ist. Es geht aber durchaus darum, vorhandene Mittel richtig einzusetzen, Prioritäten dort zu sehen, wo Innovation und Weiterentwicklung sich zeigen. Deshalb sollten Wege gefunden werden, auch finanzielle Anreize zur Aktivierung der Reformpotentiale zu schaffen.

10. Schulentwicklung braucht Gemeinsamkeit

Der Kongreß "innovative Schulen in Deutschland" soll Ausgangspunkt sein für ein Netzwerk innovativer Schulen, das von der Bertelsmann Stiftung betreut wird und für Schulen aus allen Ländern der Bundesrepublik offen ist.

Netzwerke ermöglichen Information, Erfahrungsaustausch und selbstgewählte gemeinsame Arbeit; Netzwerke verbinden und geben Sicherheit, bündeln Kräfte und Ressourcen. Netzwerke machen deutlich, daß gleichgerichtete Entwicklungen über Ländergrenzen hinweg notwendig und möglich sind.

Eine Schul- und Bildungsreform in Deutschland ist Grundlage dafür, daß sich unsere Gesellschaft zu einer Lern- und Wissensgesellschaft weiterentwickelt. Dies ist Voraussetzung für kulturelle Kontinuität, für soziale Gerechtigkeit, für Wohstand und den Anschluß an die Zukunft.

**„We cannot command the wind,
but we can set the sails.“**

*(Durham Board of Education, Gewinner
des Carl Bertelsmann-Preises 1996)*

Stellungnahme des s/vsh zur Schulgesetznovellierung

Am Donnerstag, den 8. Januar 1998 fand von 11 - ca. 17 Uhr im Hotel Gutsmann in Bad Bramstedt eine Arbeitssitzung von s/vsh-Mitgliedern und -Vorstand zur Schulgesetznovellierung statt, zu der knapp 40 Mitglieder erschienen. Im Plenum wurden unter der Leitung von Olaf Peters, der die Arbeit durch exzellent vorbereitete und

übersichtliche Zusammenstellungen der Änderungen der Gesetzestexte wesentlich beschleunigte und vereinfachte, die „kritischen Arbeitsfelder“ bestimmt, zu Schwerpunkten gebündelt und dann in Kleingruppen bearbeitet. Anschließend wurde im Plenum das Ergebnis nochmals teils heftig diskutiert und dann darüber ab-

gestimmt. Daraus entstand dann die folgende Stellungnahme von **Olaf Peters**.

Zu § 45 Abs. 1

"Die Erfüllung des Bildungsauftrages der Schule ist vor allem durch pädagogische Maßnahmen zu gewährleisten. In der Lösung von Konflikten sind alle beteiligten Personen einzubeziehen. Zu den Maßnahmen bei Erziehungskonflikten gehören insbesondere gemeinsame Absprachen, die fördernde Betreuung, die Förderung erwünschten Verhaltens, das erzieherische Gespräch mit der Schülerin oder dem Schüler, die Ermahnung, **die Rüge, der schriftliche Tadel**, die Beauftragung mit Aufgaben, die geeignet sind, die Schülerin oder den Schüler Fehler im Verhalten erkennen zu lassen, das Nachholen , können Ordnungsmaßnahmen getroffen werden."

Begründung:

Die 1990 neu eingeführten Begriffe "mündliche Missbilligung" und "schriftliche Missbilligung" haben bei den Schülerinnen und Schülern sowie bei den Eltern nicht den gewünschten Stellenwert erhalten. Im Sprachgebrauch dieser beiden Gruppen werden die althergebrachten Begriffe "Rüge" und "Tadel" weiter verwandt.

Zu § 45 Abs. 1 Satz 5, Nr. 3 (neu)

"3. Ausschluss vom Unterricht bis zur Dauer von **vier** Wochen,"

Begründung:

Konfliktfälle in der Vergangenheit, vor 1990 und nach der Schulgesetznovellierung, haben gezeigt, dass es zum Schutz von Mitschülerinnen und Mitschülern und zur Aufrechterhaltung eines geordneten Unterrichtsbetriebes unumgänglich ist, die Ordnungsmaßnahme des begrenzten Unterrichtsausschlusses zur Verfügung zu haben. Die bis 1990 gültige Regelung der möglichen Ausschlussdauer bis zu vier Wochen wurde an den Schulen sensibel eingesetzt und hatte sich bewährt.

Zu § 69 Abs. 2 (neu)

Der s/vsh ist der Auffassung, dass dieser Absatz dem § 15 Abs. 4 widerspricht.

Zu § 76 Abs. 6 (neu) Satz 2

In der dem s/vsh vorliegenden Fassung des Schulgesetzes (Schulrecht in Schleswig-Holstein - Ergänzbare Sammlung der Vorschriften für Schule und Schulverwaltung vom November 1997) enthält der alte Absatz 7, jetzt neu Absatz 6, keinen Satz 2!

Zu § 91 Abs. 1

"Die Schulkonferenz ist im Rahmen ihrer Aufgaben das oberste Beschlussgremium der Schule. Die Schulleiterin oder der Schulleiter **führt den Vorsitz und** führt die Beschlüsse der Schulkonferenz aus."

Zu § 91 Abs. 4

"Die Schulkonferenz besteht an Schulen

1. mit bis zu 300 Schülerinnen und Schülern aus je **sechs**,
2. mit 301 bis 700 Schülerinnen und Schülern aus je **acht**,
3. mit über 700 Schülerinnen und Schülern aus je **zehn**

Vertreterinnen und Vertretern der Lehrkräfte, der Eltern und der Schülerinnen und Schülern."

Begründung:

Der s/vsh möchte mit seinem Vorschlag an 'kleinen' Schulen die Kompetenz der Lehrkräfte stärker in die Arbeit der Schulkonferenz einbringen, an 'großen' Schulen die Arbeitsfähigkeit des Gremiums durch Reduzierung der Teilnehmerzahl erleichtern.

Zu § 91 Abs. 7 Satz 1

"Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist kraft Amtes Mitglied **und Vorsitzende oder Vorsitzender** der Schulkonferenz und führt die Geschäfte der Schulkonferenz."

Begründung:

Die Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen und die damit weiter zunehmende Bedeutung der Schulkonferenz sowie die zunehmende Verantwortung der Schulleiterin oder des Schulleiters gegenüber dem Ministerium und dem Schulträger erfordert es, dass die Schulleiterin oder der Schulleiter den Vorsitz in der Schulkonferenz führt.

Zu § 92 Abs. 2 Nr. 1

Die Anhörung der Schulkonferenz vor Durchführung und vorzeitiger Beendigung eines Schulversuches an der Schule kann entfallen, da die Schulkonferenz nach § 92 Abs. 1 Nr. 14 selbst Antragstellerin sein kann.

Zu § 92 Abs. 2 Nr. 4

"4. vor Entscheidungen der Schulaufsichtsbehörde über Widersprüche gegen Ordnungsmaßnahmen nach § 45 Abs. 1 Nr. 5,"

Begründung:

Durch den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes wurde in § 45 Abs. 1 die bisherige Nr.4 zur Nr.5 .

Zu § 92 Abs. 4 Satz 3

"Zwischen den beiden Schulkonferenzen muss ein Zeitraum von **vierzehn Tagen** liegen."

Begründung:

Da durch den im Entwurf neuen Absatz 5 für den Widerspruch ein Zeitraum von zwei Unterrichtswochen vorgesehen wird, im unveränderten Absatz 4 jedoch ein Zeitraum von zwei Wochen festgelegt ist, schlägt der s/vsh für beide Absätze die Zeitbestimmung "vierzehn Tage" vor, analog zu der Veränderung des § 39 Abs. 3 Satz 3, "30 Tage" statt "ein Monat".

Zu § 92 Abs. 5 (neu)

"In Angelegenheiten nach Absatz 1 Nr. 1 bis 27 kommt abweichend von §97 Abs. 5 ein Beschluss der Schulkonferenz in der Zusammensetzung nach § 91 Abs. 2 nicht zustande, wenn die Lehrerkonferenz innerhalb von **vierzehn Tagen** dem Beschluss widerspricht."

Begründung:

Die Beschränkung der Kompetenzen der Schulkonferenz durch ein "Vetorecht" der Lehrerkonferenz auf die Nummern 1 bis 13 und damit z.B. das Ausklammern der Nr. 14 (Antrag auf Durchführung eines Schulversuches) ist für den s/vsh nicht nachvollziehbar.

Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates, Art. 7 Abs. 1 Grundgesetz. Deshalb muss die Gruppe der Lehrkräfte in grundlegenden pädagogischen und organisatorischen Angelegenheiten das Letztentscheidungsrecht haben. Da die Schulkonferenz sich mit grundlegenden Angelegenheiten zu beschäftigen hat, muss sich das Letztentscheidungsrecht auf alle Aufgaben der Schulkonferenz beziehen.

Zu § 93 Abs. 4

"Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist kraft Amtes Vorsitzende oder Vorsitzender der Lehrerkonferenz"

Begründung:

Der s/vsh wünscht wegen einer möglichst vergleichbaren Reaktion der Klassenkonferenzen in Erziehungskonflikten den gleichen Vorsitz dieser Konferenzen. Dies muss also auch auf die Lehrerkonferenz übertragen werden.

Zu § 94 Abs.4 Satz 3

"Berät die Klassenkonferenz über eine Ordnungsmaßnahme nach § 45 Abs. 1 Satz 5 Nr.2 bis 4, führt die Schulleiterin oder der Schulleiter den Vorsitz."

Begründung:

Mit diesem neuen Absatz wird es der Schule erleichtert, in Konfliktfällen, die zu Ordnungsmaßnahmen führen könnten, vergleichbarer zu reagieren. Dadurch kann auch der geplante Einschub im Abs.2 Satz 2 entfallen.

Zu § 95 Abs. 1 Satz 2

"Mitglieder der Fachkonferenz sind die Lehrkräfte, die für das entsprechende Fach (.....) die Lehrbefähigung haben oder in ihm unterrichten; die Schulleiterin oder der Schulleiter kann an der Fachkonferenz teilnehmen."

Begründung:

Der s/vsh ist der Meinung, dass die Pflichtmitgliedschaft der Schulleiterin oder des Schulleiters eine unzumutbare zusätzliche Belastung darstellte.

Zu § 97 Abs. 2

"Abgesehen von Fällen des § 91 Abs. 1 und Abs. 7 Satz1, § 93 Abs. 4, § 94 Abs. 4 Satz 3 und Abs. 5 wird die oder der Vorsitzende der Konferenz aus ihrer Mitte für die Dauer von zwei Schuljahren gewählt."

Begründung:

Die Veränderungen im § 97 ergeben sich aus den Veränderungen in den angeführten Paragraphen.

Zu Artikel 2 Abs. 5

Der im § 42 Satz 1 genannte Termin, 30. September, gilt erst ab dem Schuljahr 1999/2000.

Begründung:

Die Personalplanung für das Schuljahr 1998/99 beginnt auf der Ebene der Schulen im März diesen Jahres. Zu diesem Zeitpunkt ist das veränderte Schulgesetz noch nicht verabschiedet. Da durch die Verschiebung des Stichtages deutliche Unterschiede in der Anzahl der einzuschulenden Kinder zur bisherigen Regelung auftreten können, sollten die Schulen von diesen Unsicherheiten befreit bleiben. Außerdem sind in dem Haushaltsentwurf für 1998 keine Planstellen für die Unterrichtung der vermehrten Zahl von Einschülerinnen und Einschülern enthalten

Gegenüberstellung der Stellungnahmen des s/vsh und des Landeselternbeirates GHS zur Schulgesetznovellierung

- Olaf Peters -

1. Gemeinsamkeiten:

Der Erstellung von Schulprogrammen wird unter entsprechenden Rahmenbedingungen zugestimmt.

Die Öffnung der Schule gegenüber ihrem Umfeld wird grundsätzlich begrüßt, bedarf aber noch der genaueren Formulierungen bezüglich der Rechtssicherheit für alle beteiligten Gruppen.

Betreuungsangebote können mit Zustimmung des Schulträgers an Grund- und Sonderschulen vorgehalten werden.

Schulversuche sollen auch auf Antrag der Schule möglich sein.

Die Einrichtung des neuen Bildungsganges „Berufsoberschule“ und die Abschaffung der „Berufsaufbauschule“ wird angenommen.

Der Zugangsbeschränkung zum Fachgymnasium (überdurchschnittlicher Realschulabschluss) wird zugestimmt.

Der Berechnung der Schulbesuchszeit in der Eingangsphase wird gefolgt.

Die Verlegung des „Beginns der Schulpflicht“ wird zum jetzigen Zeitpunkt (steigende Schülerzahlen - fehlende Planstellen) abgelehnt.

Eine andere „Stichtagsregelung“ ist vorstellbar.

Jüngeren Kindern („Hochbegabten“) wird ein früherer Schulbeginn unter festgelegten Voraussetzungen ermöglicht.

Zurückgestellte Kinder müssen einen Anspruch auf einen Platz im Schulkindergarten oder einer Kindertagesstätte haben.

Die Wiederaufnahme der Möglichkeit, aus disziplinarischen Gründen Schüler vom Unterricht bis zur Dauer von zwei Wochen ausschließen zu können, wird begrüßt. Auch weitere disziplinarische Maßnahmen sind vorstellbar.

Personenbezogene Schülerdaten sollen von Lehrkräften auf privaten PCs verarbeitet werden dürfen.

Die Übermittlung personenbezogener Daten an Private wird unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen nicht beanstandet.

Die Möglichkeit, Gesamtschulen ohne gymnasiale Oberstufe auch in nichtzentralen Orten einzurichten, wird abgelehnt.

Der Verwaltung der vom Schulträger und vom Land zugewiesenen Haushaltsmittel durch die Schulleiterin oder den Schulleiter, verbunden mit einem Rechenschaftsbericht gegenüber der Schulkonferenz, wird zugestimmt.

Die Zahl der Vertreter jeder Gruppe in der Schulkonferenz sollte für Schulen bis 300 Schülerinnen und Schüler erhöht werden.

2. Unterschiede:

In der Stellungnahme des Landeselternbeirates fällt auf, dass er fast alle offenen Formulierungen

der geplanten Schulgesetzänderungen ablehnt und detaillierte Klarstellungen wünscht.

Abgelehnt wird die „Drittelparität“ in der Schulkonferenz. Sollte sie aus politischen Gründen

eingeführt werden, fordert der Landeselternbeirat das „Vetorecht“ auch für Eltern und Schüler für alle Aufgaben der Schulkonferenz.

Grundsätzlich soll jeder Unterricht schulart-, jahrgangs- und fächerbezogen erteilt werden. Nach

Meinung der Eltern eröffnet die geplante Formulierung die Tür für willkürliche Zusammensetzungen der Klassen.

In dem Abschnitt über die Grundschule vermissen die Eltern die Aussage, die Grundschule müsse

„Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten“ vermitteln und „die verschiedenen Begabungen“

entwickeln.

Die Aussagen über die Eingangsphase sind den Elternvertretern zu vage gefasst. Deshalb können sie der Eingangsphase bis zur Klärung der offenen Fragen ihre Zustimmung nicht geben.

Der Landeselternbeirat lehnt es ab, dem Gesetzgeber die Bestimmung über die Zusammensetzung und Aufgaben der Konferenzen zu entziehen und dem Ministerium zu übertragen.

Die Eltern fordern in der Schulgesetzänderung eine Veränderung der Zeugnisordnung, Notenzeugnisse in der Klassenstufe 3 und Entwicklungsberichte nicht mit den Halbjahreszeugnissen, aufzunehmen.

Über den Vorsitz in der Schulkonferenz hat sich der Landeselternbeirat nicht geäußert.

Stellungnahme der Schulärzte zur Stichtagsregelung - Brief an die Ministerin



LANDESVERBAND
SCHLESWIG -
HOLSTEIN

DER ÄRZTE IM
ÖFFENTLICHEN
GESUNDHEITS-
DIENST E. V.

Kinder- u. jugendärztliche Arbeitsgruppe
Verband der Ärzte des ÖGD des Landes Schleswig-Holstein e.V.

Stichtagsregelung

Stellungnahme der Arbeitsgruppe der Kinder- und Jugendärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Schleswig-Holstein

Sehr geehrte Frau Ministerin Böhrk,

als Kinderärzte und Kinderärztinnen im kinder- und jugendärztlichen Dienst der Kreisgesundheitsämter - und somit zuständig für Einschulungs / Schuleingangsuntersuchungen in Schleswig-Holstein - haben wir erhebliche Bedenken gegen die geplante Änderung der sogenannten Stichtagsregelung der Schulpflicht.

Durch die Einschulung von noch jüngeren Kindern würde sich das Problem des erhöhten Förderbedarfs und der verhaltensauffälligen Kinder quantitativ verschärfen. Da Schule in unserer Gesellschaft auch von Kindern Leistung fordert und zahlreiche Kinder aufgrund ihrer gesamten Entwicklung mit gerade 6 Jahren noch nicht in der Lage sind, diese Leistung zu erbringen, fügen wir diesen Kindern mit einer verfrühten Einschulung seelischen Schaden zu. Die Zahl der Kinder mit psychischen Störungen wird drastisch zunehmen, entsprechend steigt die Zahl der Fachberatungen und der Konsultationen der kinder- und jugendpsychiatrischen Fachkollegen. Dieser Bedarf ist in einzelnen Kreisen nicht ausreichend abzudecken.